

Rohstoffe und Ressourcen

Standort Bayern – Unternehmerperspektiven 2019

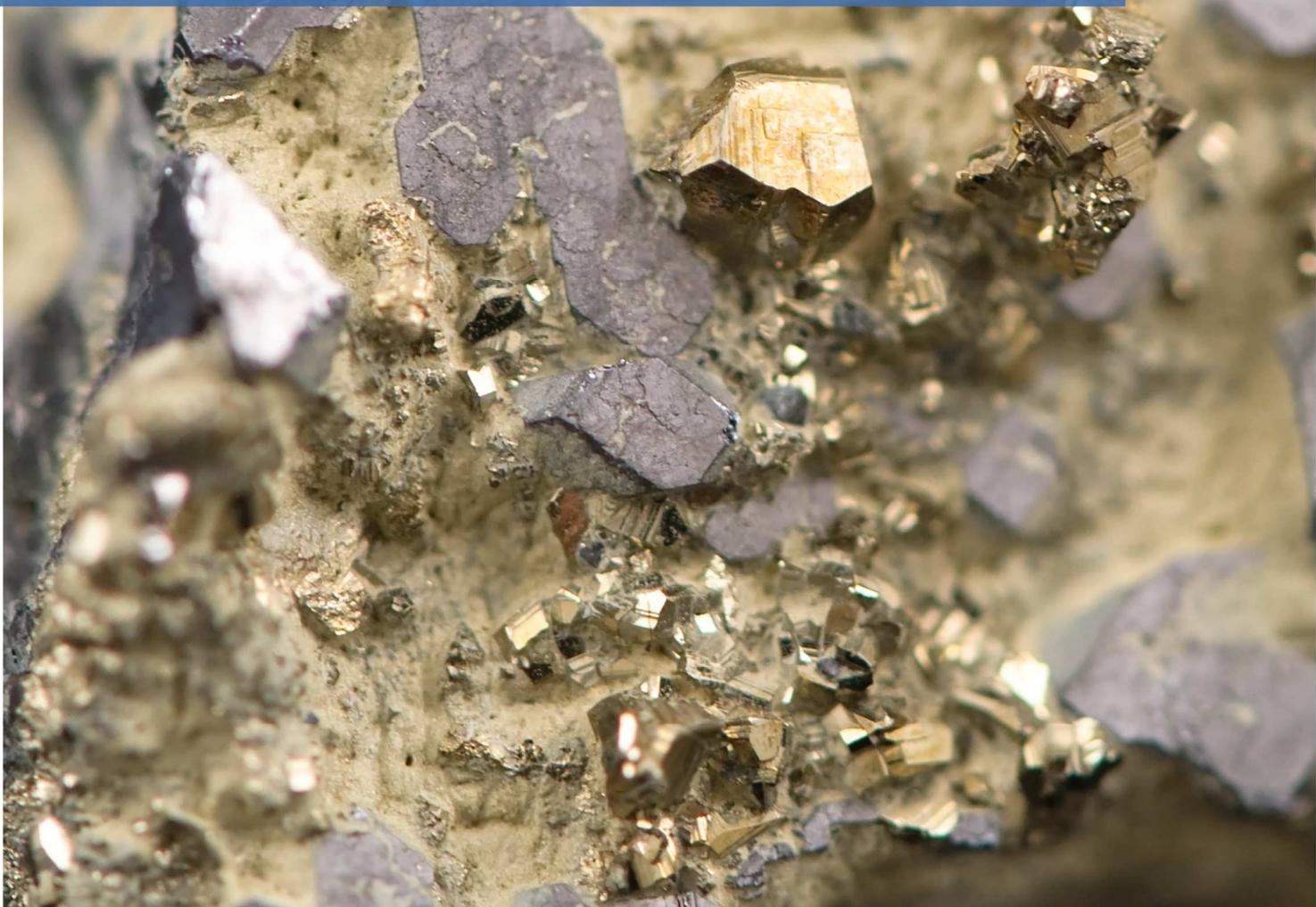
Studie

Stand: September 2019

Eine vbw Studie, erstellt von Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

Die bayerische Wirtschaft

vbw



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Weiterhin hohe Loyalität der Unternehmen zum Standort Bayern

Die Unternehmen in Bayern sind dem Freistaat als Standort weiterhin sehr treu. 94,2 Prozent der Betriebe würden sich wieder im Freistaat ansiedeln. Die Standortloyalität fällt gegenüber dem Vorjahr (95,6 Prozent) zwar etwas geringer aus, sie befindet sich aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Die hohe Standortqualität Bayerns ist nach Einschätzung der Unternehmen gegenüber dem Vorjahr in drei von fünf Bereichen leicht zurückgegangen (Humankapital / Arbeitsumfeld, Infrastruktur und Energieversorgung). Im Jahresvergleich sind die Veränderungen gering. Vergleicht man aber die aktuelle Bewertung dieser Faktoren mit denen in unserer ersten Standortstudie 2013, so sind die Noten heute spürbar weniger gut als noch vor sieben Jahren. Der Bereich „Innovationsumfeld“ wird dagegen sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber 2013 besser bewertet.

Die Studie zeigt: Um die Standortqualität Bayerns dauerhaft zu sichern, muss vor allem weiter in eine hochleistungsfähige digitale Infrastruktur – sowohl Breitband als auch Mobilfunk – investiert werden. Große Bedeutung für eine dauerhaft hohe Standortqualität, insbesondere in den ländlichen Räumen, messen die Unternehmen darüber hinaus sogenannten „weichen“ Infrastrukturthemen zu, wie der Sicherstellung einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung, wohnortnaher Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen. Eine große Herausforderung bleibt zudem die Fachkräftesicherung. Ein wesentlicher Standortnachteil Bayerns sind hohe Arbeitskosten sowie die geringe Flexibilität und der hohe Bürokratieaufwand beim Arbeitseinsatz.

Um die Standorttreue der Unternehmen auf Dauer nicht zu gefährden, müssen diese Themen, die maßgeblich über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft entscheiden, dringend weiter bearbeitet werden.

Bertram Brossardt
30. September 2019

Inhalt

1	Ergebnisse	1
1.1	Zentrale Ergebnisse	1
1.2	Handlungsableitungen	3
2	Daten und Fakten zum Wirtschaftsstandort Bayern	5
2.1	Wohlstand, Arbeitsmarkt und soziale Lage	5
2.2	Wirtschaftsstruktur	8
3	Befragung zur Standortqualität und Verbesserungswünsche	10
3.1	Zielsetzung und Vorgehensweise der Befragung	11
3.2	Humankapital und Arbeitsumfeld	12
3.3	Allgemeine Infrastruktur	14
3.4	Innovationsumfeld	18
3.5	Energie- und Stromversorgung	20
3.6	Verwaltungshandeln	21
4	Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken	24
4.1	Besonderheiten der Regierungsbezirke	26
4.2	Oberbayern	29
4.2.1	Sozioökonomische Lage	29
4.2.2	Abweichungen zum Vorjahr	31
4.2.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	31
4.3	Niederbayern	33
4.3.1	Sozioökonomische Lage	33
4.3.2	Abweichungen zum Vorjahr	35
4.3.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	35
4.4	Oberpfalz	37
4.4.1	Sozioökonomische Lage	37
4.4.2	Abweichungen zum Vorjahr	39
4.4.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	39

4.5	Oberfranken	41
4.5.1	Sozioökonomische Lage	41
4.5.2	Abweichungen zum Vorjahr	43
4.5.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	43
4.6	Mittelfranken	45
4.6.1	Sozioökonomische Lage	45
4.6.2	Abweichungen zum Vorjahr	47
4.6.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	47
4.7	Unterfranken	49
4.7.1	Sozioökonomische Lage	49
4.7.2	Abweichungen zum Vorjahr	51
4.7.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	51
4.8	Schwaben	53
4.8.1	Sozioökonomische Lage	53
4.8.2	Abweichungen zum Vorjahr	55
4.8.3	Abweichungen vom bayerischen Mittelwert	56
	Anhang	57
	Ansprechpartner / Impressum	65

1 Ergebnisse

Handlungsprioritäten und Veränderungen zum Vorjahr im Überblick

1.1 Zentrale Ergebnisse

Der Freistaat Bayern verfügt über eine hohe Standortqualität. Die bayerischen Unternehmen zeigen sich auch im siebten Jahr der Standortstudie äußerst zufrieden mit den Rahmenbedingungen im Freistaat. So würden sich 94,2 Prozent der Unternehmen wieder in Bayern ansiedeln. Damit fällt die Standortloyalität der bayerischen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr (95,6 Prozent) zwar etwas geringer aus, sie befindet sich aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Die Unternehmen wurden zu ihrer Zufriedenheit mit insgesamt rund 60 einzelnen Standortfaktoren (siehe Anhang) befragt, die sich in insgesamt fünf Themenbereiche bündeln lassen. Die Ergebnisse dieser fünf Themenfelder sind in Abbildung 1 im Zeitablauf dargestellt.

Abbildung 1

Bewertung der untersuchten Themenbereiche im Zeitablauf

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
 Humankapital und Arbeitsumfeld	2,9	3,1	3,3	3,2	3,3	3,4	3,5
 Allgemeine Infrastruktur	2,4	2,8	2,7	2,7	2,7	2,8	3,0
 Innovationsumfeld	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,6
 Energie- und Stromversorgung	2,2	2,7	2,6	2,4	2,5	2,6	2,7
 Verwaltungshandeln	3,3	3,4	3,5	3,4	3,5	3,5	3,4

Die Bewertung in Schulnoten.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bewertung der Themenbereiche „Innovationsumfeld“ und „Verwaltungshandeln“ leicht verbessert. Die anderen vier Themenbereiche (Humankapital und Arbeitsumfeld, Allgemeine Infrastruktur und Energie- und Strom-

Ergebnisse

versorgung) werden dagegen etwas schlechter bewertet als 2018. Über einen längeren Zeitraum betrachtet zeigt sich, dass alle diese vier Bereiche inzwischen weniger positiv bewertet werden als noch 2013. Der Themenbereich „Innovationsumfeld“ wurde dagegen über mehrere Jahre hinweg konstant gut bewertet und schneidet heute sogar einen Tick besser ab als 2013. Bei der Interpretation der Ergebnisse muss jedoch berücksichtigt werden, dass die abgefragten Aspekte in den einzelnen Themenfeldern je nach Befragungsjahr unterschiedlich sein können, da je nach aktueller Relevanz neue Aspekte hinzugekommen oder bestehende Aspekte entfallen sind.

Die besten Noten vergeben die Unternehmen aktuell für die folgenden einzelnen Standortfaktoren:

- die aktuelle Versorgungssicherheit mit Strom (Note 2,0) und Rohstoffen (Note 2,2),
- der Zugang zu Technologien (Note 2,4) sowie
- die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (Note 2,4) und die Qualität der Bildungsinfrastruktur (jeweils Note 2,5).

Besonders kritisch sehen die Unternehmen wie im Vorjahr dagegen

- den bürokratischen Aufwand, z. B. beim Mindestlohn oder Arbeitsschutz (Note 4,1) sowie
- die Verfügbarkeit von qualifizierten Nachwuchskräften (Note 4,0) und Fachkräften (Note 3,9).
- Unterdurchschnittlich bewertet werden zudem die Flexibilität des Arbeitsrechts (Note: 3,6) und die Höhe der Strompreise (Note: 3,6 abgegeben).

Nach einzelnen Verbesserungsmaßnahmen gefragt, herrscht aus Sicht der Unternehmen vor allem Handlungsbedarf im Bereich der Infrastruktur. Die Politik demnach vor allem folgende Maßnahmen stärker ins Auge fassen:

1. Fortführung der Breitbandinitiative (91,1 Prozent Zustimmung).
2. Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (87,0 Prozent), wohnortnaher Schulen (85,1 Prozent) sowie von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum (83,4 Prozent).
3. Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (84,2 Prozent).

Der direkte Vergleich der Ergebnisse aus dem Jahr 2019 mit denen aus 2018 macht deutlich, dass die Anforderungen der Unternehmen relativ konstant geblieben sind. Es gab grundsätzlich keine großen Verschiebungen. Bei folgenden fünf Maßnahmen hat sich Handlungsbedarf jedoch besonders stark im jeweiligen Betrachtungszeitraum erhöht:

1. Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur (71,6 Prozent gegenüber 49,2 Prozent in 2014).
2. Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (84,2 Prozent gegenüber 63,3 Prozent in 2016).

Ergebnisse

3. Flächendeckendes Angebot im ÖPNV sicherstellen (82,1 Prozent gegenüber 61,6 Prozent in 2013)
4. Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen (67,9 Prozent gegenüber 53,4 Prozent in 2016)
5. E-Government / E-Administration stärker ausbauen (65,4 Prozent gegenüber 52,5 Prozent in 2013)

1.2 Handlungsableitungen

Aus den Ergebnissen der Unternehmensbefragung lässt sich ableiten, dass die ansässigen Unternehmen mit den Rahmenbedingungen am Standort Bayern grundsätzlich zufrieden sind, in einigen Themenfeldern besteht jedoch Verbesserungsbedarf:

- **Sicherstellung zukunftsfähiger digitaler Infrastruktur in der Fläche:** Von besonders hoher Relevanz für die Unternehmen ist die Kommunikationsinfrastruktur und die damit einhergehende Fortführung der Breitbandinitiative. Hochleistungsfähige und sichere Kommunikationsnetze erhöhen nicht nur die Standortattraktivität für Fachkräfte, sondern sind Grundvoraussetzung für die Umsetzung digitaler Geschäftsmodelle, die Implementierung von Industrie 4.0-Anwendungen und für das Angebot effizienter E-Government-Lösungen. Der flächendeckende Ausbau von schnellen Mobilfunk- und Glasfaserverbindungen und die Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G muss sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum forciert werden.
- **Erhöhung der Attraktivität und Verbesserung der sogenannten „weichen“ Infrastrukturfaktoren:** Um gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum weiterhin gewährleisten und fördern zu können und die Attraktivität des Standorts weiter zu erhöhen, müssen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, wohnortnahe Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen gewährleistet werden.
- **Fachkräftesicherung durch die Aktivierung bestehender Potenziale:** Vor dem Hintergrund bestehender Fachkräfteengpässe in Bayern muss alles getan werden, um den Fachkräftebedarf zu decken. Potenziale bestehen vor allem noch bei Älteren, Frauen und Jugendlichen sowie bei der gezielten Zuwanderung. Zudem muss im Zuge der digitalen Transformation der Fokus stärker auf den Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gelegt werden. Hier gilt es, bildungspolitische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die die digitalen Kompetenzen bei den Fachkräften sicherstellen.
- **Weniger Belastungen beim Arbeitseinsatz:** Bayerische Unternehmen klagen über hohe Arbeitskosten, hohen bürokratischen Aufwand und geringer Flexibilität beim Arbeitseinsatz. Um die Standorttreue auf Dauer nicht zu gefährden, müssen diese Themen dringend angegangen werden. Sie entscheiden maßgeblich über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft.

Ergebnisse

- **Zukunftsorientierte Energiepolitik:** Neben einer leistungsfähigen Infrastruktur und zuverlässigen Verkehrssystemen sind die Unternehmen auf eine preiswerte und stabile Energieversorgung angewiesen. Dabei liegt der Fokus vor allem auf dem schnellen Ausbau der Stromnetze, um eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten und den drohenden Engpässen vor allem in Süddeutschland entgegenzuwirken. Dafür sind der Ausbau von Übertragungsleitungen, intelligenten Verteilernetzen und die zeitnahe Entwicklung leistungsfähiger Stromspeicher sowie deren Aufbau unerlässlich.
- **Förderung und Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen:** Der Fokus der bayerischen Wirtschaft muss weiter verstärkt auf Forschung, Innovation und Technologien gerichtet und durch attraktive Rahmenbedingungen gefördert werden. Dabei sollte ein besonderer Schwerpunkt auf den Bereich Digitalisierung gelegt werden. Durch unkompliziertere Antragsverfahren, Förderungs- und Beratungsangebote sowie einen gezielten Wissenstransfer können vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei ihren Innovationsaktivitäten unterstützt werden. Zudem sollte die anwendungsorientierte, interdisziplinäre und überregionale Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Start-ups erleichtert werden. Letztere sind für viele etablierte Unternehmen potenzielle Kooperationspartner und Verbündete hinsichtlich der Erschließung neuer Geschäftsfelder.
- **Bürokratieabbau und die Entschlackung der Regierungsprozesse:** Überflüssige Bürokratie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und gefährdet zukünftiges Wachstum. Daher gilt es, ein Konzept zu erarbeiten, das sowohl die bestehenden hohen bürokratischen Belastungen abbaut als auch die Eindämmung neuer Vorschriften zum Ziel hat. Um den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben, sollte ein ganzheitlicher E-Government-Ansatz ausgebaut werden.

2 Daten und Fakten zum Wirtschaftsstandort Bayern

Bayern schneidet sehr gut ab: Wettbewerbsfähiger Industriestandort mit hohem Wohlstandsniveau und stabiler sozialer Lage.

Die Auswertung der Daten der amtlichen Statistik belegt die beeindruckende wirtschaftliche Position des Freistaats. Trotz des bereits hohen Wettbewerbs- und Wohlstandsniveaus weist der Freistaat in vielen sozioökonomischen Bereichen eine überdurchschnittliche Dynamik auf, welche sich wiederum positiv auf die Beschäftigungssituation auswirkt.

2.1 Wohlstand, Arbeitsmarkt und soziale Lage

Gute Rahmenbedingungen und innovative Wirtschaftsstrukturen machen Bayern zu einem leistungs- und wettbewerbsfähigen Industriestandort. Diese günstigen Bedingungen spiegeln sich auch im hohen Wohlstandsniveau der bayerischen Bevölkerung sowie in anderen sozio-ökonomischen Indikatoren wider (vgl. Abbildung 2 und Tabelle 2):

- Im Freistaat wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 2005 und 2018 nominal jährlich um 3,6 Prozent und damit deutlich stärker als im deutschen Mittel (3,0 Prozent).
- Das bayerische Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner lag 2018 mit 47.946 Euro erneut deutlich über dem Bundesniveau (40.851 Euro). Zusätzlich entwickelte sich das BIP je Einwohner im Vergleich zum Jahr 2012 mit einem Wachstum von 21,1 Prozent dynamischer als im Bundesschnitt (+19,1 Prozent).
- Die Produktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) ist in Bayern mit 73.727 Euro je Erwerbstätigen deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (68.094 Euro) und entwickelte sich zwischen 2005 und 2018 sehr dynamisch. Der Anstieg von 31,8 Prozent fällt höher aus als in Gesamtdeutschland (28,6 Prozent). Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe treibt das Produktivitätswachstum – hier verzeichnet Bayern im selben Zeitraum ein Wachstum von 52,8 Prozent, während die Dynamik in der Bundesrepublik mit einem Anstieg von 41,0 Prozent deutlich geringer ausfällt.

Die gute wirtschaftliche Lage Bayerns spiegelt sich auch in der Beschäftigungssituation wider:

- Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Bayern zwischen 2005 und 2018 um 19,1 Prozent. Damit weist der Freistaat ein deutlich höheres Wachstumsniveau auf als der Bundesdurchschnitt (14,0 Prozent).

- Zudem lag die Arbeitslosenquote in Bayern mit 2,9 Prozent im Jahr 2018 ebenfalls deutlich unter dem deutschen Durchschnitt (5,2 Prozent). Dementsprechend fällt die Quote der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Bayern (2,3 Prozent) nur halb so hoch aus wie im Deutschlandvergleich (5,0 Prozent). Auch bei der Arbeitsplatzversorgung schneidet der Freistaat (72,6 Prozent) deutlich besser ab als die Bundesrepublik insgesamt (69,3 Prozent).

Die gute Beschäftigungssituation, die stabile soziale Lage sowie das hohe Wohlstandsniveau in Bayern basieren auf der starken Wirtschaftsstruktur:

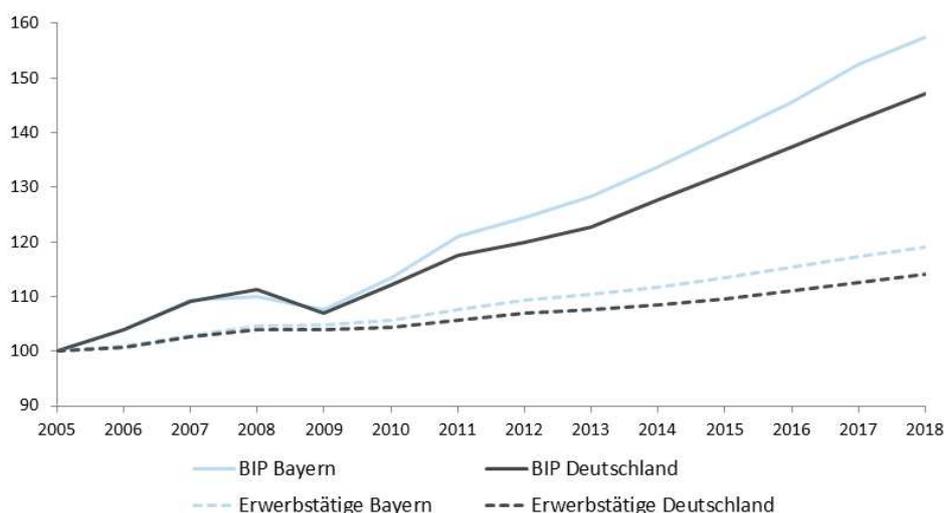
- Mit einer Kaufkraft von 25.062 Euro je Einwohner lag Bayern im Jahr 2018 über dem Deutschlandwert (22.949 Euro).
- Die private Überschuldung ist im Bundesländervergleich im Freistaat mit 7,4 Prozent am geringsten. In Gesamtdeutschland hat hingegen jeder Zehnte mit privater Überschuldung zu kämpfen.

In Kapitel 4 folgt eine detaillierte Darstellung dieser Indikatoren für die einzelnen Regierungsbezirke Bayerns.

Abbildung 2

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen

Bayern und Deutschland im Vergleich, Index 2005 = 100



Quellen: VGR der Länder; eigene Berechnungen IW Consult

Sowohl der Bundesländervergleich als auch der Vergleich im Zeitablauf bestätigen, dass sich der Standort Bayern durch eine hohe Leistungsfähigkeit auszeichnet und die

Unternehmen günstige Ausgangsbedingungen vorfinden. Aus der hohen Produktivität, der stabilen Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie dem hohen Wohlstandsniveau der Bevölkerung ergeben sich finanzielle Spielräume aufseiten der Landesregierung und Gemeindeverwaltungen. Diese können genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern zu erhalten und zu steigern.

Tabelle 1

Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur und Wohlstand, ausgewählte Kennziffern, Deutschland und Bayern im Vergleich

	Bayern		Deutschland	
	2013 ¹	2018	2013 ¹	2018
Arbeitsmarkt				
Arbeitslosenquote ²	3,8	2,9	6,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ³	67,3	72,6	64,7	69,3
Wirtschaftsstruktur				
Produktivität ⁴	64.586	73.727	60.083	68.094
Anteil der Industrie ⁵	26,9	27,3	22,7	23,1
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁵	26,5	25,7	26,3	25,3
Anteil Großunternehmen ⁶	24,1	24,5	21,8	22,1
Wohlstand und soziale Lage				
BIP/EW ⁷	40.526	47.946	35.045	40.851
Kaufkraft ⁸	22.508	25.062	20.621	22.949
ALG-II-Quote ⁹	2,3	2,3	5,4	5,0
Privat Überschuldete ¹⁰	7,0	7,4	9,8	10,0

1 Da die genutzten Datenquellen fortlaufenden Revisionen unterliegen, können einzelne Datenpunkte von den Werten in den Vorjahresberichten revisionsbedingt abweichen.

2 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

3 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

4 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro.

5 Anteil an gesamtwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung in Prozent, 2012 und 2018 bzw. 2017.

6 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

7 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro.

8 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

9 ALG-II-Empfänger in Prozent.

10 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

2.2 Wirtschaftsstruktur

Mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur wird die starke industrielle Prägung Bayerns deutlich (vgl. Abbildung 3). Im Zeitverlauf zeigt sich zudem, dass es dem Freistaat gelang, seinen Vorsprung als Industriestandort weiter auszubauen.

- Bayern ist in Deutschland das Land mit dem zweithöchsten Industrieanteil nach Baden-Württemberg (33,3 Prozent). 27,3 Prozent der bayerischen Wertschöpfung sind im Jahr 2018 im Verarbeitenden Gewerbe entstanden. In Deutschland waren es nur 23,1 Prozent.
- Der Industrieanteil ist in Bayern zwischen den Jahren 2005 und 2018 um 2,7 Prozentpunkte bzw. 10,8 Prozent gestiegen. In Deutschland fiel das Wachstum mit 0,7 Prozentpunkten bzw. 3,0 Prozent deutlich geringer aus.
- Dass die Industrie für die Wirtschaft im Freistaat in den letzten Jahren noch bedeutender geworden ist, zeigt sich auch mit Blick auf die Entwicklung der industriellen Bruttowertschöpfung. Diese ist in Bayern zwischen 2005 und 2018 um 74,0 Prozent gestiegen und damit am stärksten unter allen Bundesländern. Zum Vergleich: Im ebenfalls stark industriell geprägten Baden-Württemberg fiel der Anstieg mit 59,7 Prozent und im Bundesdurchschnitt mit 51,0 Prozent geringer aus.
- Die Bedeutung der Industrie als Wohlstandstreiber kann anhand der Produktivität, also der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, verdeutlicht werden. Die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe liegt 2018 in allen Bundesländern über der gesamtwirtschaftlichen Produktivität – in Bayern liegt diese mit 97.209 Euro genau wie im Bundesdurchschnitt (90.974 Euro) um rund ein Drittel darüber.
- Im Freistaat hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität im Jahr 2018 auf 73.727 Euro erhöht. Dies entspricht einem Zuwachs von 1.266 Euro gegenüber dem Vorjahr. Nach Hamburg mit 86.111 Euro je Erwerbstätigen, dem Spitzenplatz unter den Ländern, sowie Hessen (75.710 Euro) weist Bayern damit die dritthöchste Produktivität aus.

Aus Tabelle 2 lassen sich bezüglich der Wirtschaftsstruktur noch zwei weitere strukturelle Besonderheiten der bayerischen Wirtschaft ablesen:

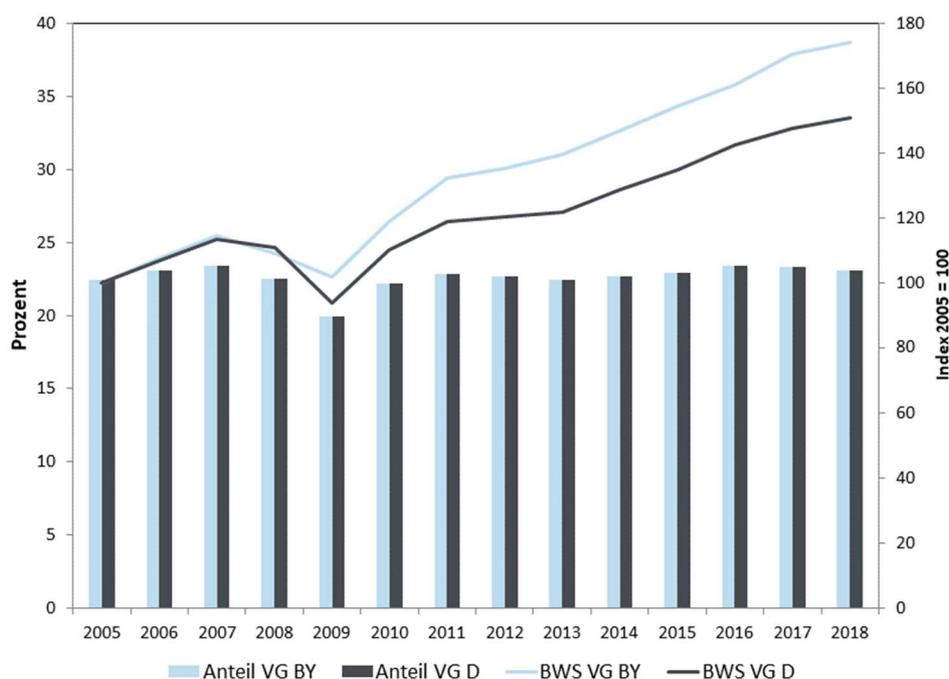
- Die bayerische Wirtschaft zeichnet sich durch einen relativ hohen Anteil an Großunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern aus: Knapp ein Viertel (24,5 Prozent) der Beschäftigten im Freistaat arbeitet in Großunternehmen. Im deutschlandweiten Vergleich fällt der Anteil mit 22,1 Prozent niedriger aus. Da sich diese Großunternehmen aufgrund höherer Kapazitäten in der Regel durch eine hohe Forschungsintensität auszeichnen, liefern sie Innovationsimpulse an die Unternehmen im Freistaat und stärken ihre mittelständischen Zulieferer.

- Die für erfolgreiche Wertschöpfungsketten notwendigen unternehmensnahen Dienstleistungen sind in Bayern in etwa so stark vertreten wie im Bundesmittel. Ihr Anteil an der bayerischen Wertschöpfung liegt gegenüber dem Jahr 2012 relativ konstant bei rund einem Viertel.

Abbildung 3

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (VG) an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BWS), Entwicklung der BWS im Verarbeitenden Gewerbe

Bayern und Deutschland im Vergleich



Quellen: VGR der Länder; eigene Berechnungen IW Consult

3 Befragung zur Standortqualität und Verbesserungswünsche

Die Zufriedenheit der bayerischen Unternehmen mit der Standortqualität ist hoch – dennoch gibt es Optimierungsbedarf.

Die guten wirtschaftlichen Daten Bayerns gehen auf die guten Standortbedingungen zurück. Seit 2013 werden die bayerischen Unternehmen gebeten, die Standortqualität im Freistaat zu bewerten.

Die ansässigen Unternehmen sind mit der Standortqualität im Freistaat weiterhin sehr zufrieden. 94,2 Prozent der Unternehmen würden sich wieder in Bayern ansiedeln. Am höchsten ist die Zufriedenheit mit dem Standort in Mittelfranken und Oberbayern. Aber auch Oberfranken weist eine überdurchschnittlich hohe Standortloyalität auf. Im Vorjahr erreichte die Standortloyalität der bayerischen Unternehmen zwar einen etwas höheren Wert, der Unterschied fällt jedoch nicht nennenswert aus. Innerhalb der bayerischen Regierungsbezirke zeigen sich allerdings unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Während die Standortloyalität in Unterfranken, Oberbayern und Oberfranken gestiegen ist, ist sie in den übrigen bayerischen Regierungsbezirken zurückgegangen. Der Rückgang fällt aber – mit Ausnahme von Schwaben – eher gering aus.

Tabelle 2

Allgemeine Bewertung der Standortloyalität zu Bayern nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Mittelfranken	96,4	97,2	97,9	97,8	96,0	99,3	97,0
Oberbayern	98,5	94,4	94,3	95,0	96,3	95,7	96,9
Oberfranken	94,4	93,7	96,5	95,0	94,6	93,0	95,0
Oberpfalz	97,5	97,2	93,0	97,1	97,8	97,2	93,9
Schwaben	98,0	95,8	93,7	95,7	97,6	99,2	93,1
Unterfranken	95,9	90,9	92,3	94,2	90,8	91,8	92,4
Niederbayern	96,5	96,5	94,3	96,5	96,4	92,9	91,3
Bayern	96,8	95,1	94,6	95,9	95,6	95,6	94,2

Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

Attraktive Standortbedingungen beeinflussen den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit einer Region maßgeblich. Daher haben die Unternehmen in Bayern in der siebten Auflage dieser Studie die entscheidenden Standortfaktoren im Freistaat bewertet und daraus vorrangliche Handlungsfelder abgeleitet. Für die Wirtschaftspolitik soll auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse eine Orientierungshilfe geschaffen werden. Die Ergebnisse tragen zur Identifizierung der wichtigsten Handlungsprioritäten bei und geben Aufschluss darüber, in welchen Bereichen die Akzeptanz aussichtsreicher Maßnahmen durch Überzeugungsarbeit seitens der Politik und der Verbände erhöht werden könnte.

3.1 Zielsetzung und Vorgehensweise der Befragung

Neben der Bestimmung der Standortloyalität hat die Befragung das Ziel, wichtige Handlungsprioritäten aus Sicht der bayerischen Unternehmen für die Landes- und Kommunalpolitik der kommenden Jahre in Bayern zu bestimmen.

Die Analyse erfolgt in zwei Schritten:

1. Zunächst bewerten die Unternehmen die Güte der Standortfaktoren anhand eines Schulnotensystems von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend).
2. In einem zweiten Schritt äußern die Unternehmen Verbesserungswünsche bei einzelnen Standortfaktoren. Die Auswahl der Maßnahmen fokussiert auf wichtige Gestaltungsbereiche, die die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Bayern direkt betreffen. Ihre Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen wird auf einer sechsstufigen Skala („stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“) kategorisiert. Die hier berichteten Prozentangaben beziehen sich jeweils auf den Anteil der beiden höchsten Antwortkategorien. Eine höhere Zustimmung im Zeitablauf kann als höherer Handlungsbedarf interpretiert werden und umgekehrt. Dabei werden in der Regel Abweichungen zwischen Ergebnissen zum Vorjahr von mehr als 5 Prozentpunkten bzw. 0,3 Schulnoten als nennenswert betrachtet.

Folgende fünf Themenfelder stehen im Blickpunkt:

- Humankapital und Arbeitsumfeld
- Allgemeine Infrastruktur
- Innovationsumfeld
- Energie- und Stromversorgung
- Verwaltungshandeln

Innerhalb der fünf Themenfelder wurden rund 60 Einzelaspekte abgefragt. Der Großteil der abgefragten Aspekte ist im Zeitverlauf der letzten Jahre gleich geblieben.

3.2 Humankapital und Arbeitsumfeld

Mit dem Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld sind die Unternehmen in Bayern weiterhin mit am wenigsten zufrieden. Einzig die Qualität der Ausbildung wird von den ansässigen Unternehmen relativ gut bewertet; so vergeben sie für die Qualität der Bildungsinfrastruktur wie im Vorjahr im Durchschnitt die Note 2,5. Besonders schlecht schneiden aus Sicht der bayerischen Unternehmen die Verfügbarkeit von Fach- und Nachwuchskräften (Note 3,8 bzw. 3,6) sowie der bürokratische Aufwand (3,8) ab. Dabei hat sich vor allem die Verfügbarkeit von Fachkräften und Auszubildenden im Zeitablauf verschärft.

Wie in den Vorjahren deuten die Befragungsergebnisse darauf hin, dass sich die bayerischen Unternehmen Unterstützung seitens der Politik vor allem bei der Suche nach qualifiziertem Personal wünschen. Das liegt an der wirtschaftlichen Stärke des Freistaats, die dazu führt, dass die Unternehmen eine starke Nachfrage nach Fachkräften entwickeln. Dabei sehen die Unternehmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung die größte Chance, dem drohenden Fachkräfteengpass entgegenzuwirken. Bei der aktuellen Befragung sprechen sich 78,2 Prozent der Unternehmen dafür aus, dass die Ausbildung Jugendlicher besser unterstützt werden sollte. Begründet werden kann der hohe Handlungsbedarf damit, dass es im Freistaat aktuell erheblich mehr offene Ausbildungsstellen als Bewerber gibt. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Potenziale von leistungsschwächeren Jugendlichen stärker genutzt werden.

Weitere 73,5 Prozent geben an, dass die berufliche Weiterbildung ausgebaut werden sollte. Dabei sollte der Fokus auch auf die Digitalisierung gerichtet werden, die eine Neuausrichtung der Aus- und Weiterbildung erfordert. Dass IKT-Kompetenzen von hoher Bedeutung für die Unternehmen sind, zeigt sich in der hohen Zustimmungsrates bezüglich der Maßnahme „Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen“. Angesichts der hohen Zustimmungswerte bei gleichzeitigem Anstieg von fast 15 Prozentpunkten seit 2016 muss davon ausgegangen werden, dass die Digitalisierung in den meisten bayerischen Unternehmen angekommen ist und diese unter anderem Unterstützung bei der Suche nach Mitarbeitern mit Digitalisierungskompetenzen benötigen.

Nach Einschätzung der Unternehmen sollte die Politik zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker ins Auge fassen. Als Konsequenz könnten neue Fachkräfte durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen gewonnen werden. Der Zustimmungswert für Maßnahmen in diesem Bereich liegt bei 65,9 Prozent.

Darüber hinaus stellen ältere Fachkräfte ein wichtiges Potenzial dar. Die (Re-)Integration Älterer in den Arbeitsmarkt geht mit einer Flexibilisierung und Individualisierung des Renteneinstiegsalters einher und ist für viele der ansässigen Unternehmen ein essenzieller Baustein zur aktiven Sicherung des zukünftigen Fachkräftebestands. So wünschen sich 67,2 Prozent der Unternehmen, dass die Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren – beispielsweise durch Befristungsmöglichkeiten oder Hinzuverdienstgrenzen – erleichtert wird. Sechs von zehn Unternehmen (60,8 Prozent) sprechen sich für einen flexiblen Renteneintritt ohne starre Renteneintrittsgrenze aus. Dabei müssen die Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer

so gestaltet werden, dass sie auch im höheren Alter gesund und leistungsfähig arbeiten können.

Weitere Möglichkeiten, dem drohenden Fachkräfteengpass entgegenzuwirken, sehen die Unternehmen bei einer höheren Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, wenngleich der Handlungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr geringer ist. Dies zeigt sich durch die Zustimmung zu den folgenden Maßnahmen:

- Erleichterungen bei der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland: 43,6 Prozent
- Verstärkung der Integrations- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge: 56,8 Prozent

Entsprechend der im Vergleich zum Vorjahr noch schlechteren Bewertung des Arbeitsumfelds (Arbeitskosten: Note: 3,3; Flexibilität des Arbeitsrechts: Note 3,6) sehen die bayerischen Unternehmen auch hier einen verstärkten Handlungsbedarf. In der Konsequenz ist der Handlungsbedarf bezüglich der Senkung der Arbeitskosten (64,5 Prozent) und der Erhöhung der Flexibilität im Arbeitsrecht (70,6 Prozent) weiterhin hoch.

Die bürokratische Belastung bei der Beschäftigung von Mitarbeiter wird mit der Note 4,1 am schlechtesten von allen abgefragten Faktoren bewertet. Entsprechend besteht hier weiterhin enormer Handlungsbedarf: 71,5 Prozent der Unternehmen wünschen sich Maßnahmen, die den hohen bürokratischen Aufwand im Rahmen des Mindestlohngesetzes reduzieren.

Tabelle 3

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld

Güte ¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte (Auszubildende)	3,3	3,2	3,5	3,4	3,6	3,7	4,0
Verfügbarkeit von Fachkräften	3,5	3,4	3,6	3,5	3,8	3,9	3,9
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern	3,2	3,1	3,1	3,0	3,2	3,3	3,2
Qualität der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5
Arbeitskosten	–	3,0	3,1	3,1	3,1	3,2	3,3
Flexibilität des Arbeitsrechts	–	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,6
Bürokratischer Aufwand	–	–	3,9	3,8	3,8	4,0	4,1

Befragung zur Standortqualität und Verbesserungswünsche

Verbesserungswünsche ²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern	74,3	78,6	78,3	77,2	74,6	75,6	78,2
Unterstützung der beruflichen Weiterbildung ausbauen	71,6	72,8	68,0	67,2	64,6	68,2	73,5
Unterstützung durch die Politik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	64,5	70,6	65,5	67,8	64,8	67,2	65,9
Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern	51,2	52,1	58,7	55,8	49,1	52,7	43,6
Integrations- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge verstärken	–	–	–	58,6	52,6	58,4	56,8
Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern	–	–	–	71,2	62,3	66,4	67,2
Flexibler Renteneintritt ohne starre Renteneintrittsgrenze	–	–	–	72,1	51,7	56,4	60,8
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen	–	66,6	70,9	71,8	66,2	69,7	70,6
Arbeitskosten senken	–	56,3	61,9	65,2	62,4	64,9	64,5
Bürokratischen Aufwand beim Mindestlohngesetz reduzieren	–	–	73,9	72,7	72,8	73,3	71,5
Unterstützung bei Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen	–	–	–	53,4	66,2	73,2	67,9

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

3.3 Allgemeine Infrastruktur

Die allgemeine Infrastruktur wurde in den Vorgängerstudien insgesamt durchweg positiv bewertet. Die aktuelle Befragung verdeutlicht ein nahezu identisches Bild. Zwar werden die soziokulturelle Infrastruktur und die Gewerbe- und Industrieflächen etwas schlechter eingeschätzt als im Vorjahr, erhalten mit der Note 2,5 bzw. 2,7 aber dennoch eine zufriedenstellende Bewertung.

Auch für die Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene) vergeben die Unternehmen etwas schlechtere Noten als im Vorjahr. Dabei ist die Zufriedenheit der Unternehmen mit den einzelnen Verkehrsträgern unterschiedlich. Während die Infrastruktur für den Straßen- und Luftverkehr mit der Note 2,9 bzw. 2,8 relativ gut abschneidet, wird die Infrastruktur für den Schienenverkehr mit der Note 3,5 schlechter bewertet.

Neu abgefragt in diesem Jahr wurde die Zufriedenheit der Unternehmen mit der digitalen Infrastruktur und der Mobilfunkinfrastruktur. Beide Aspekte werden mit den Noten 3,3 bzw. 3,5 relativ schlecht bewertet. Entsprechend hoch ist die Zustimmungsquote zur Fortführung der Breitbandinitiative des Landes Bayern. Wie in den Vorjahren fand diese Maßnahme die höchste Zustimmung bei den Unternehmen (91,2 Prozent). Auch der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur stößt bei den Unternehmen auf eine hohe Zustimmung (82,0 Prozent).

Wie in den Vorjahren ist die Zufriedenheit mit der allgemeinen Infrastruktur bei den Unternehmen in Agglomerationsräumen (2,8) höher als in ländlichen Räumen (3,1). Am deutlichsten fallen diese Diskrepanzen bei der Bewertung der Infrastruktur für den Luft- (Agglomerationsräume: 2,4; ländliche Räume: 3,0) und Schienenverkehr (Agglomerationsräume: 3,1; ländliche Räume: 3,7) sowie der Mobilfunkinfrastruktur (Agglomerationsräume: 3,1; ländliche Räume: 3,7) aus.

Nach Einschätzung der Unternehmen sollte die Politik den Fokus ihrer Bemühungen insbesondere auf den Bereich Leben und Wohnen legen. Die gewünschten Maßnahmen betreffen unmittelbar die Attraktivität des Standorts und wirken sich demnach mittelbar auf den Erfolg von Unternehmen aus – z. B. bei der Rekrutierung von potenziellen Arbeitskräften. Die Relevanz von soziokulturellen Maßnahmen zeigt sich auch in den konstant hohen Zustimmungswerten:

- Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung: 87,0 Prozent
- Sicherung wohnortnaher Schulen: 58,2 Prozent
- Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum: 83,4 Prozent
- Sicherung wohnortnaher Kitas: 83,1 Prozent
- Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots im ÖPNV: 82,1 Prozent
- Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen: 77,2 Prozent
- Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum: 74,9 Prozent
- Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen: 56,1 Prozent

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Unternehmen im Bereich allgemeine Infrastruktur gestiegenen Handlungsbedarf sehen. Dies zeigt sich daran, dass die Zustimmungswerte zu fast allen Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind.

Lediglich bei den Maßnahmen „Investitionen in die Straßen- und Luftverkehrsinfrastruktur“ ist der Handlungsbedarf leicht gefallen. Der Wunsch nach Verbesserungen der Straßeninfrastruktur ist aber weiterhin hoch (70,9 Prozent). Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu bewerten, dass Bayern 2017 vom Bund für den Neubau und Unterhalt seines Straßennetzes von den rund 8,1 Milliarden Euro Haushaltsmitteln des Bundes rund 1,85 Milliarden Euro für den Bau und Erhalt seiner Bundesfernstraßen erhalten hat.¹ Innerhalb Bayerns sollten insbesondere die Fernverkehrsströme entzerrt werden, indem die Bundesstraßen aufgewertet und als Querverbindungen zu den Autobahnen autobahnähnlich

¹ Vgl. vbw (2018): Umsetzungsstand Bundesverkehrswegeplan, Juni 2018.

ausgebaut werden. Beispielhaft zu nennen ist der Ausbau der B15, der B20 und der B85 zu leistungsfähigen Querverbindungen zwischen den Ost-West-Autobahnen A94, A92, A3 bis zur A6.²

Noch weiter erhöht hat sich der Handlungsbedarf beim Schienenverkehr. Die Zustimmung zu Maßnahmen in diesem Bereich fällt mit 71,6 Prozent weitaus höher aus als in den Vorjahren. Ein möglicher Grund hierfür ist der steigende Bedarf, den auch die Verkehrsverflechtungsprognose für das Jahr 2030 bestätigt. Diese attestiert dem Güterverkehr eine Zunahme um 38 Prozent.³ Hier gilt es, den Ausbau von Schienenknoten rasch voranzubringen und das deutsche Kernnetz besser mit internationalen Verkehrsachsen zu verknüpfen. Von besonderer Relevanz für den Freistaat ist die Ergänzung eines Südwest-Nordost-Korridors von Lyon über München bis in das Baltikum sowie der auf Bestandsstrecken auszubauende Ostkorridor Hamburg – Uelzen – Magdeburg – Halle – Hof – Regensburg.

Tabelle 4

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich allgemeine Infrastruktur

Güte ¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Güte der digitalen Infrastruktur	-	-	-	-	-	-	3,3
Güte der Mobilfunkinfrastruktur	-	-	-	-	-	-	3,5
Güte der soziokulturellen Infrastruktur	2,2	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,5	2,4	2,5	2,4	2,5	2,6	2,7
Infrastruktur für den Straßenverkehr	-	2,8	2,6	2,6	2,6	2,7	2,9
Infrastruktur für den Schienenverkehr	-	3,4	3,2	3,2	3,2	3,3	3,5
Infrastruktur für den Luftverkehr	-	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,8

² Vgl. vbw (2018): Infrastruktur- und Regionalbericht Bayern 2018, November 2018.

³ Vgl. BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014): Verkehrsverflechtungsprognose für das Jahr 2030.

Befragung zur Standortqualität und Verbesserungswünsche

Verbesserungswünsche²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Breitbandinitiative fortführen	80,2	81,4	89,8	88,5	86,3	88,8	91,2
Mobilfunkinfrastrukturausbau forcieren	-	-	-	-	-	-	82,0
Investitionen in die Straßenverkehrsinfrastruktur	-	68,6	77,0	73,9	72,1	72,4	70,9
Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur	-	49,2	52,2	53,0	56,2	60,8	71,6
Investitionen in die Luftverkehrsinfrastruktur	-	24,3	32,6	27,5	30,3	32,2	27,5
Sicherung wohnortnaher Schulen	84,3	72,6	77,5	76,3	82,0	82,0	85,2
Sicherung wohnortnaher Kitas	-	-	73,3	76,2	77,7	78,0	83,1
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	-	-	72,8	70,8	75,9	76,8	77,2
Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	-	62,9	62,8	63,5	66,4	66,8	74,9
Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	88,5	76,2	79,4	80,8	83,6	82,9	87,0
Flächendeckendes Angebot im ÖPNV sicherstellen	61,6	71,8	71,3	75,9	77,8	78,2	82,1
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	77,4	71,0	72,8	75,3	79,7	81,2	83,4
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen	49,5	48,3	53,5	51,9	53,3	54,3	56,1

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

3.4 Innovationsumfeld

Aus der aktuellen Unternehmensbefragung ergibt sich ein sehr ähnliches Bild zu den Vorgängerstudien. Demnach sind die Unternehmen mit dem Innovationsumfeld in Bayern insgesamt eher zufrieden. Die positiven Bewertungen basieren unter anderem auf der hohen Dichte an FuE-Einrichtungen, Ingenieuren und Patenten in Bayern. Wie in den Vorjahren ist die Zufriedenheit mit dem Innovationsumfeld bei den Unternehmen in den Agglomerationsräumen (2,5) höher als im ländlichen Raum (2,7).

Die Bereiche Zugang zu Technologien (Note 2,4), Technikfreundlichkeit bzw. positives Innovationsklima (Note 2,6) und die vorhandenen FuE-/Innovationsnetzwerke (Note 2,7) werden von den Unternehmen durchweg positiv bewertet. Die vorhandenen FuE-/Innovationsnetzwerke sowie der Zugang zu Technologien werden sogar etwas besser bewertet als im Vorjahr.

In diesem Jahr neu hinzugekommen ist die Bewertung des Förderungsangebots für Unternehmen, das mit der Note 2,8 ebenfalls positiv eingeschätzt wird. So bewerten 38,2 Prozent der Unternehmen in Bayern das Förderungsangebot mit den Noten sehr gut oder gut.

Nach Einschätzung der Unternehmen muss die Politik insbesondere die kooperative Vernetzung der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen stärker ins Auge fassen. Bei der aktuellen Befragung geben 84,2 Prozent der Unternehmen an, dass die Netzwerke zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt werden sollten. Im Vorjahr lag der Handlungsbedarf noch bei 68,2 Prozent. Zudem zeigen die Ergebnisse, dass sich die bayerischen Unternehmen verstärkt ein dynamisches Gründerklima wünschen. So möchten 67,3 Prozent der befragten Firmen Unterstützung bei Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Vernetzung mit anderen Unternehmen, Startups oder Wissenschaftseinrichtungen in betrieblichen Innovationsprozessen an Bedeutung gewinnt. Ursächlich sind insbesondere der sich intensivierende Wettbewerb, der steigende Innovationsdruck, die sich verkürzenden Innovationszyklen sowie zunehmende Effizienzanforderungen an Innovationsprozesse. Die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren geht dabei mit verschiedenen Vorteilen einher. Dazu gehört zum einen der Zugang zu Wissen und Information sowie zu materiellen, immateriellen als auch finanziellen Ressourcen (wie spezifische Anlagen und Maschinen). Zum anderen initiiert die Interaktion kontinuierliche Such-, Veränderungs- und Lernprozesse, durch die neue Verwertungspotenziale und Innovationen generiert werden. Die Existenz von leistungsfähigen und dynamischen Innovationsnetzwerken ist folglich auch auf regionaler Ebene ein wichtiger die Innovations- und Zukunftsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts bestimmender Faktor.

Den zweitgrößten Verbesserungsbedarf sehen die Unternehmen bei den Antragsverfahren. Die Zustimmungswerte sind gegenüber dem Vorjahr zwar um rund 11 Prozentpunkte gesunken, der Handlungsbedarf ist aber weiterhin hoch: 76,6 Prozent sprechen sich für eine Vereinfachung aus.

Auch bei den abgefragten Maßnahmen „Beratungsangebot verbessern“ und „Förderungsangebot ausbauen“ ist die Zustimmung gegenüber dem Vorjahr gesunken, was auf Verbesserungen in diesen Bereichen hindeutet.

Ebenfalls eine hohe Zustimmung bei den Unternehmen (63,5 Prozent) findet die Maßnahme, eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass das Bundeswirtschaftsministerium zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung letzten Herbst erste Eckpunkte zur steuerlichen Forschungsförderung und Ende Februar 2019 das Bundesfinanzministerium einen Diskussionsentwurf für ein Forschungszulagengesetz vorgelegt hat. Auch wenn etliche Fragen noch zu klären sind, zeichnet sich mit diesen Vorlagen ein guter Einstieg in die steuerliche Forschungsförderung ab. Im weiteren Verfahren kommt es vor allem darauf an, den Förderweg so auszugestalten, dass er für die Unternehmen wie für die Verwaltung möglichst einfach wird.

Tabelle 5
Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Innovationsumfeld

Güte¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Förderungsangebot für Unternehmen	–	–	–	–	–	–	2,8
Existenz FuE-/Innovationsnetzwerke	2,8	2,6	2,7	2,7	2,7	2,8	2,7
Zugang zu Technologien	2,6	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,4
Technikfreundlichkeit/positives Innovationsklima	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6
Verbesserungswünsche²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Beratungsangebot verbessern	51,1	64,5	65,7	65,2	66,9	70,3	63,1
Förderungsangebot ausbauen	68,0	71,2	78,3	73,2	73,6	76,7	61,1
Finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken	65,8	73,9	73,1	71,0	71,5	68,0	72,6
Antragsverfahren erleichtern	–	–	85,7	85,8	84,9	87,7	76,6
Steuerliche Forschungsförderung einführen	–	–	–	–	–	–	63,5
Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen	–	–	–	63,3	63,6	68,2	84,2
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups	–	–	–	61,2	70,1	71,2	67,3

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungsquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

3.5 Energie- und Stromversorgung

Die bayerischen Unternehmen bewerten die Energie- und Stromversorgung im Freistaat wie in den Vorjahren durchweg positiv. Sie vergeben für eine sichere Stromversorgung die Note 2,0. Die Rohstoffversorgung wird mit der Note 2,2 etwas besser eingeschätzt als im Vorjahr.

Unzufrieden sind die Unternehmen jedoch mit den Strompreisen. Diese werden aktuell mit der Note 3,6 im Vergleich zum Vorjahr noch schlechter bewertet. Das liegt daran, dass die Strompreise in Bayern zu den höchsten in Europa gehören und dadurch die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Standorts Bayern schwächen.⁴ Die im internationalen Vergleich hohen Strompreise in Deutschland werden durch die Energiewende verursacht. Dabei entstehen über die Hälfte der Kosten durch staatliche Vorgaben. Hauptpreistreiber ist die EEG-Umlage, die in den Jahren 2017 und 2018 neue Rekordhöhen erreichte: Seit dem Jahr 2000 ist sie von 0,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) auf aktuell 6,405 Cent/kWh gestiegen.

Dementsprechend wünscht sich die Mehrheit der befragten Unternehmen (79,2 Prozent) wie in den Vorjahren, dass die Rahmenbedingungen angepasst werden, um die Kosten der Energiewende zu senken, beispielsweise durch einen Systemwechsel bei der Förderung erneuerbarer Energien. Der Zustimmungswert zu dieser Maßnahme ist im Zeitablauf gestiegen. Der hohe Handlungsbedarf ist nicht verwunderlich, da der Netzausbau nur stockend vorankommt und die energiepolitischen Klimaschutzziele trotz Förderausgaben in Milliardenhöhe weiter verfehlt werden. Zudem zeigt der große Handlungsbedarf, dass die hohen Kosten den Wettbewerbsdruck auf internationalen Märkten erhöhen und die Standortattraktivität Bayerns schwächen. Daher muss der Strompreis mittelfristig auf das Niveau vergleichbarer Industriestaaten gesenkt werden. Dies kann durch das Senken der Stromsteuer und die Deckelung der EEG-Umlage über einen Streckungsfonds erfolgen. Zudem sollte das EEG grundlegend umstrukturiert und die EEG-Umlage gesenkt werden.

Trotz der guten Bewertung der Energie- und Stromversorgung lässt sich aus den Ergebnissen der Unternehmensbefragung ablesen, dass sich die Unternehmen wie bereits in den Vorjahren in erster Linie eine stabile Stromversorgung wünschen, die auf technologie- und forschungsorientierten Ansätzen basiert. Demzufolge sprechen sich vier von fünf Unternehmen (80,8 Prozent) für die Entwicklung sowie den Aus- und Aufbau von Speichern mit Forschungsförderung aus.

Zudem sehen die Unternehmen die Chance, eine sichere Stromversorgung durch die Verstärkung und den Aufbau von Leitungskapazitäten zu gewährleisten – 72,7 Prozent der Unternehmen befürworten diese Maßnahme. In Bayern sollen vor allem die beiden Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) SuedLink sowie SuedOstLink zur Sicherung der Stromversorgung beitragen, die frühestens 2025 zur Verfügung stehen werden.

⁴ Vgl. vbw (2019): 7. Monitoring der Energiewende, Januar 2019.

Die Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve stößt bei den bayerischen Unternehmen auf geringere Akzeptanz (Zustimmungswert: 40,8 Prozent).

Tabelle 6

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Energie und Rohstoffe

Güte¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Sichere Rohstoffversorgung	2,4	2,2	2,2	2,1	2,2	2,3	2,2
Sichere Stromversorgung	2,1	2,0	1,9	1,8	1,9	1,9	2,0
Höhe der Strompreise	–	4,0	3,5	3,4	3,5	3,4	3,6
Verbesserungswünsche²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten	66,8	77,1	69,3	71,9	70,6	72,6	72,7
Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve	39,3	53,6	44,7	43,7	39,7	42,6	40,8
Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern auch mit Forschungsförderung	81,1	92,4	83,5	78,2	79,6	79,5	80,8
Anpassung der Rahmenbedingungen, um Kosten der Energiewende zu senken	–	73,5	72,1	71,8	77,5	78,0	79,2

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.
²⁾ Zustimmungquote in Prozent.
 Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

3.6 Verwaltungshandeln

Der Bereich Verwaltungshandeln wird in der aktuellen Unternehmensbefragung ähnlich zu den Vorjahresbefragungen am kritischsten gesehen. So werden das unbürokratische Verhalten öffentlicher Stellen sowie die Zulassungs- und Genehmigungsverfahren mit Bewertungen der Note 3,4 weiterhin relativ schlecht eingeschätzt. Auch bei den Befragungen in den Vorjahren vergaben die Unternehmen vergleichsweise schlechte Noten.

Die hohe Unzufriedenheit mit dem Verwaltungshandeln und der Wunsch der Unternehmen nach Bürokratieabbau und der Vereinfachung der Verwaltung lassen sich auch an den hohen Zustimmungsraten zu Maßnahmen im Bereich Verwaltungshandeln ablesen. Nach Einschätzung der Unternehmen sollte die Politik den Fokus ihrer Bemühungen insbesondere auf die stärkere Vernetzung administrativer Einheiten untereinander legen. Die Relevanz von Maßnahmen in diesem Bereich zeigt sich auch in der Zunahme der Zustimmung, wenn man die Ergebnisse im Zeitablauf betrachtet. So ist der Zustimmungsteil für die stärkere Vernetzung administrativer Einheiten seit 2014 kontinuierlich auf aktuell 78,1 Prozent gestiegen.

Die Unternehmen sehen in der Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene die zweitgrößte Chance, Bürokratie abzubauen und die Verwaltung zu vereinfachen. Zwar ist der Zustimmungswert mit 71,9 Prozent aktuell zwar etwas geringer als in den Vorjahren, der Handlungsbedarf ist aber weiterhin überdurchschnittlich.

Eine weitere Möglichkeit, Bürokratie abzubauen und die Verwaltung zu modernisieren sehen die Unternehmen in der digitalen Verwaltung. In der aktuellen Befragung sprechen sich 65,4 Prozent der Unternehmen für den stärkeren Ausbau von digitalen Angeboten im Bereich der Verwaltung und Regulierung aus (E-Government/E-Administration). Zwar ist der Verbesserungswunsch gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, im Zeitablauf lässt sich jedoch ein steigender Trend feststellen (Zustimmungsquote 2013: 52,5 Prozent). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Unternehmen in der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsvorgängen zunehmend eine Chance für effizientere Verwaltungsvorgänge und weniger Bürokratie sehen und/oder mit dem bisherigen Fortschritt von E-Government noch nicht zufrieden sind. Daher muss ein ganzheitliches E-Government-Konzept erarbeitet werden, bei dem die Verwaltungsleistungen auf digitale Angebote umgestellt und neue Technologien wie Blockchain genutzt werden können. Zudem könnte ein überregionales Open-Data-Portal zu signifikanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen durch Bürokratieabbau beitragen.⁵ Der Freistaat Bayern hat den Handlungsbedarf erkannt und sich das Ziel gesetzt, die digitale Verwaltung bis Ende 2020 für alle Behördengänge umzusetzen. Durch die Bildung digitaler Rathäuser sollen Verwaltungsdienstleistungen stationär und mobil rund um die Uhr und von überall her abrufbar sein.

Die „Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten“ wünschen sich 44,5 Prozent der befragten Unternehmen. Der Verbesserungsbedarf ist hier nur durchschnittlich und im Zeitablauf rückläufig. Gründe für die relativ geringe Zustimmung können damit einhergehende Effizienzverluste und Wettbewerbsverzerrungen sein.

⁵ Vgl. IW Consult (2016): eGovernment in Deutschland: Bedeutung und Potenzial für das deutsche Innovationssystem, EFI (Hrsg.), Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 14-2016, Berlin.

Tabelle 7

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Verwaltungshandeln

Güte¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	3,3	3,2	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	3,7	3,7	3,5	3,5	3,5	3,6	3,4
Verbesserungswünsche²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19
E-Government/E-Administration stärker ausbauen	52,5	61,7	63,8	66,8	65,2	67,7	65,4
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	74,5	73,3	76,1	78,0	75,8	76,7	78,1
Wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	–	49,3	50,9	49,6	48,9	46,6	44,5
Einführung einheitliche Ansprechpartner auf kommunaler Ebene	–	75,6	76,2	73,9	75,9	73,3	71,9

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

4 Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Unterschiedliche Stärken und Herausforderungen in den bayerischen Regierungsbezirken.

Aufgrund der regionalen Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen Situation und der Bewertung der Standortbedingungen innerhalb der bayerischen Regierungsbezirke wird in diesem Abschnitt die Standortloyalität und -qualität auf der Ebene der Regierungsbezirke untersucht. Neben regionalen Unterschieden werden nennenswerte Abweichungen der Ergebnisse zum Vorjahr thematisiert. Die regionale Analyse basiert auf amtlichen Daten sowie den Ergebnissen der durchgeführten Unternehmensbefragung.

Wie viele Unternehmen ihren Standort wieder in ihrem Regierungsbezirk wählen würden und wie zufrieden die Unternehmen mit den Standortbedingungen sind, lässt sich aus Tabelle 8 und Tabelle 9 ablesen:

Standortloyalität (Tabelle 8):

- Alle bayerischen Regierungsbezirke zeichnen sich durch eine herausragende Loyalität der ansässigen Unternehmen aus. 84,2 Prozent würden sich wieder in ihrer jeweiligen Region ansiedeln. Damit bleibt die Standortloyalität auf Regierungsbezirksebene auf einem konstant hohen Niveau (Vorjahr: 82,6 Prozent). In Unterfranken und Niederbayern ist die Standortloyalität im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und in Oberbayern konstant hoch geblieben. In den anderen vier Bezirken ist die Loyalität zurückgegangen. Den stärksten Rückgang verzeichnete Schwaben mit rund 10 Prozentpunkten, die stärkste Steigerung verzeichnet Unterfranken mit rund 7 Prozentpunkten.
- Die Standortloyalität für den Freistaat als Ganzes (94,2 Prozent; vgl. auch Tabelle 2) liegt dennoch 10 Prozentpunkte höher als im Schnitt der Regierungsbezirke.

Standortqualität (Tabelle 9):

- In allen Regierungsbezirken sind die Unternehmen mit der Standortqualität zufrieden. Auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten erreichen alle Regionen mindestens 70 Punkte.
- Die Standortqualität wird in allen Regionen außer der Oberpfalz besser bewertet als im Vorjahr. Der Durchschnitt der Bewertungen ist von 73,9 auf 76,2 Punkte gestiegen.
- Im Verlauf der letzten Jahre ist die Standortqualität in den Regierungsbezirken damit deutlich gestiegen.
- Die höchste Qualität bietet mit Abstand Oberbayern. Aber auch in Unterfranken, Schwaben und Mittelfranken werden die Standortbedingungen von den ansässigen Unternehmen überdurchschnittlich bewertet.
- Die bayerische Standortqualität befindet sich seit Jahren auf einem hohen Niveau. Auch in der aktuellen Befragung bestehen innerhalb der Regierungsbezirke fast keine signifikanten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr. Lediglich Unterfranken und Mittelfranken verzeichneten eine Verbesserung der Standortqualität um 4,0 bzw. 4,4 Prozentpunkte.

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Tabelle 8

Allgemeine Bewertung der Standortloyalität zum jeweiligen Regierungsbezirk

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Mittelfranken	89,7	86,7	83,2	86,3	88,6	89,0	88,8
Unterfranken	88,8	83,1	83,2	79,3	81,0	80,7	87,6
Oberbayern	95,4	88,7	84,6	87,7	86,2	86,6	86,6
Oberpfalz	85,7	83,6	79,0	80,6	84,8	83,4	82,6
Schwaben	88,2	85,3	82,5	86,9	89,7	92,7	82,4
Oberfranken	79,8	71,8	65,1	75,0	73,4	81,1	81,0
Niederbayern	84,1	77,8	76,5	78,6	82,2	79,0	79,4
Durchschnitt	87,3	82,5	79,2	82,0	83,5	84,6	84,2

Angaben in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

Tabelle 9

Allgemeine Bewertung der Standortqualität nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Oberbayern	78,7	78,1	80,8	79,3	80,3	78,7	80,4
Unterfranken	68,7	69,5	67,8	68,2	70,5	74,7	78,7
Schwaben	74,4	75,2	76,8	73,8	75,9	76,6	78,4
Mittelfranken	73,1	73,2	73,1	74,1	75,5	72,5	76,9
Niederbayern	68,2	68,4	67,7	67,7	70,9	72,6	74,2
Oberpfalz	68,4	69,5	72,0	71,1	70,9	73,2	73,0
Oberfranken	65,7	62,9	63,0	65,5	67,8	69,1	71,8
Durchschnitt	71,0	71,0	71,6	71,4	73,0	73,9	76,2

Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019)

Die nachfolgende Analyse der Regierungsbezirke zeigt, dass diese von unterschiedlichen Spezialisierungsprofilen charakterisiert werden, die sich in den Bewertungen widerspiegeln. Eine Erklärung für die Unterschiede lässt sich aus der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur der Regierungsbezirke ableiten. So finden sich etwa in Niederbayern und der Oberpfalz überwiegend ländliche Räume. Städte und Landkreise, die zu den Agglomerationsräumen gezählt werden, dominieren in Mittelfranken und Oberbayern.

Neben der Siedlungsdichte bestehen ebenfalls regionale Spezialisierungsprofile in der wirtschaftlichen Struktur der Regierungsbezirke. Während die ländlichen Räume stärker industriell geprägt sind, finden sich Dienstleistungsschwerpunkte hauptsächlich in Großstädten.

Insgesamt ist festzustellen, dass ländliche Räume im Hinblick auf die Standortqualität aus Sicht der Unternehmen im Durchschnitt schlechter abschneiden als die Städte. Ländliche Räume stehen bezüglich der Infrastruktur vor größeren Herausforderungen als Agglomerationszentren. Diese schließt neben Faktoren wie Transport und Erreichbarkeit auch die Informations- und Kommunikationssysteme⁶ ein.

Im nachfolgenden Abschnitt werden die Besonderheiten der einzelnen Regierungsbezirke näher untersucht.

4.1 Besonderheiten der Regierungsbezirke

Trotz einer insgesamt hohen Zufriedenheit mit der Standortqualität in Bayern gibt es Unterschiede in der Bewertung einzelner Standortfaktoren in den Regierungsbezirken (Abbildung 4). Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken oft mit den Unterschieden zwischen den Regionstypen zusammenhängen. Demnach sind neben den geäußerten Präferenzen der Unternehmen auch strukturelle Merkmale bei der Ableitung von Handlungsprioritäten zu berücksichtigen. Entsprechend lassen sich für die einzelnen Regierungsbezirke oder Regionstypen regional abgestimmte Handlungsstrategien ermitteln.

Für die Einordnung von Handlungsprioritäten in überregionale und regionale Maßnahmen müssen die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Regionstypen beachtet werden. So ergeben sich für einzelne Maßnahmenfelder besondere Anforderungen durch die Raumstruktur. Jedoch gibt es auch überregionale Maßnahmenfelder, wie das Verwaltungshandeln sowie die Energie- und Stromversorgung, denen durch landesweite Ansätze besser entsprochen werden kann. Die Unterschiede zwischen den Agglomerationsräumen und dem ländlichen Raum sind bei folgenden Maßnahmenfeldern am deutlichsten:

- Bei der Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen gibt es Unterschiede in der Befragung zwischen den Regionstypen. Aufgrund einer geringeren Bevölkerungsdichte

⁶ Vgl. vbw (2019): Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern, Juli 2019.

stehen die ländlichen Räume diesbezüglich vor noch größeren Herausforderungen als die Agglomerationszentren.

- Zudem besteht in den Agglomerationszentren eine höhere Präferenz der Unternehmen bezüglich Erleichterungen der Beschäftigung älter Fachkräfte ab 50 Jahren.
- Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zeigt sich in den ländlichen Räumen eine höhere Präferenz der Unternehmen für Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus. Demnach scheinen Aspekte wie eine gute Erreichbarkeit und die räumliche Nähe für den ländlichen Raum bedeutender zu sein als für Ballungsräume. In den Agglomerationsräumen finden im Gegenzug Maßnahmen im Bereich Schienenverkehr (81,1 Prozent gegenüber 69,8 Prozent im ländlichen Raum) und ÖPNV (85,5 gegenüber 80,3 Prozent) eine höhere Wertschätzung.
- Von besonders hoher Relevanz für die Agglomerationsräume und insbesondere für die Kernstädte ist die Sicherung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum. Steigende Mietpreise durch die starke Bevölkerungszunahme stellen diese diesbezüglich vor noch größere Herausforderungen als ländliche Räume. Dies spiegelt sich im Antwortverhalten der Unternehmen wider. Die Zustimmung zu einer Verbesserung in diesem Bereich beträgt in den Kernstädten 87,9 Prozent gegenüber 75,7 Prozent im ländlichen Umland.

Abbildung 4

Bewertung der Themenbereiche nach Regierungsbezirken

	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
 Humankapital und Arbeitsumfeld	3,6	3,6	3,6	3,5	3,4	3,6	3,5
 Allgemeine Infrastruktur	2,8	3,2	3,1	3,0	2,9	3,0	3,1
 Innovationsumfeld	2,5	2,7	2,6	2,6	2,7	2,6	2,7
 Energie- und Stromversorgung	2,6	2,5	2,7	2,6	2,4	2,6	2,7
 Verwaltungshandeln	3,2	3,4	3,5	3,2	3,4	3,6	3,5

Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2019)

Zudem gibt es bei einer Reihe einzelner Maßnahmen größere Unterschiede zwischen den Regionstypen. Beispielsweise bei

- der Unterstützung durch die Politik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (73,1 Prozent in den Agglomerationsräumen gegenüber 60,0 Prozent in den ländlichen Räumen),
- der Unterstützung der beruflichen Weiterbildung (79,1 Prozent in den Agglomerationsräumen gegenüber 68,7 Prozent in den ländlichen Räumen),

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

- der Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve (32,5 Prozent in den Agglomerationsräumen gegenüber 44,4 Prozent in den ländlichen Räumen),
- der Stärkung der finanziellen Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen (81,1 gegenüber 70,6 Prozent).

Nennenswerte Abweichungen in den Regierungsbezirken von den Bayernwerten sind Inhalt der folgenden Analyse. Dabei können höhere Zustimmungswerte in einer Region im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt als regional größerer Handlungsbedarf interpretiert werden. Abweichungen nach unten lassen sich zwar als regional weniger dringlicher Handlungsbedarf interpretieren. Die Zustimmung ist aber oftmals dennoch so hoch, dass man nicht daraus schließen kann, dass eine Maßnahme für eine Region ungeeignet wäre. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die angebotenen Maßnahmen nicht für alle Unternehmen gleichbedeutend sind.

In den folgenden Abschnitten werden jeweils die Besonderheiten in den einzelnen Regierungsbezirken näher untersucht. Die Analyse erfolgt in drei Schritten:

1. In einem ersten Schritt wird die sozioökonomische Lage der Region analysiert. Neben Indikatoren aus der amtlichen Statistik wird auch die Bewertung der Güte einzelner Standortfaktoren berücksichtigt.⁷
2. In einem zweiten Schritt werden ausgewählte Kernergebnisse mit den Ergebnissen des Vorjahres verglichen.
3. Anschließend folgt der räumliche Vergleich. Hierbei werden die größten Abweichungen der Befragungsergebnisse vom bayerischen Mittelwert dargestellt.

Bei der Darstellung der Kernergebnisse in den Schritten zwei und drei werden jeweils mindestens vier nennenswerte Abweichungen aus den unterschiedlichen Themenbereichen genannt. Neben der zeitlichen Dimension kann so die Spezifität der Regierungsbezirke analysiert werden.

⁷ Bei der Analyse der sozioökonomischen Lage ist zu berücksichtigen, dass die aktuellsten Daten der VGR der Länder (BIP, BWS, Produktivität) auf Kreisebene nur für 2017 vorliegen. Auf Bundeslandebene sind bereits 2018er-Daten vorhanden (s. Kapitel 2.1).

4.2 Oberbayern

4.2.1 Sozioökonomische Lage

Oberbayern bildet mit seinem Agglomerationszentrum München das wirtschaftliche Kraftzentrum Bayerns und liegt bei fast allen ökonomischen Kennziffern an der Spitze.

- Die bereits im Vorjahr überdurchschnittliche Bewertung der Standortloyalität in Oberbayern fällt auch in diesem Jahr erneut mit 86,6 Punkten hoch aus. Dies entspricht dem drittbesten Wert aller Regierungsbezirke. Die Standortqualität der Region wird mit 80,4 Punkte bewertet und ist die höchste in Bayern. Oberbayern gilt dabei als Prototyp für die bayerische Standortqualität, da die Unternehmen aus den übrigen Regierungsbezirken ihre eigene Standortqualität niedriger bewerten.
- Unter allen bayerischen Regierungsbezirken weist Oberbayern die mit Abstand höchsten Werte bei der Produktivität, dem BIP je Einwohner und der Kaufkraft auf. Die Produktivität fällt gut 12.500 Euro, das BIP je Einwohner knapp 11.000 Euro und die Kaufkraft rund 3.000 Euro höher aus als in Bayern.
- Die Bewertung des Humankapitals liegt im bayerischen Durchschnitt. Dies liegt nicht an einer Verbesserung der Situation in Oberbayern, sondern an Veränderungen in den übrigen Regierungsbezirken. Die Verfügbarkeit von Fach- und qualifizierten Nachwuchskräften in Oberbayern hat sich nochmals gegenüber dem Vorjahr verschärft (Note 4 bzw. 4,1). Das Bildungssystem (2,4) wird unverändert gut bewertet, hier konnte Bayern als Ganzes aufholen. Unmut äußern die Unternehmen weiterhin bei den Arbeitskosten und vergeben die schlechteste Bewertung in ganz Bayern (3,5).
- Eine Stärke der Region ist das Innovationsumfeld. Hier erreicht Oberbayern eine Führungsposition und in fast allen abgefragten Faktoren die besten Bewertungen in ganz Bayern, wobei der größte Abstand bei den vorhandenen FuE- und Innovationsnetzwerken erreicht wird (Note 2,5 gegenüber 2,7 in Bayern insgesamt).
- Überdurchschnittlich zufrieden sind die Unternehmen in Oberbayern weiterhin mit der Infrastruktur. Vor allem die Luftverkehrsinfrastruktur wird aufgrund des Flughafens München von den oberbayerischen Unternehmen deutlich überdurchschnittlich bewertet (Note 2,2 gegenüber 2,8 in Bayern insgesamt). Das größte Defizit sehen die oberbayerischen Unternehmen bei der Güte der Mobilfunkinfrastruktur (Note 3,4), die aber in ganz Bayern (Note 3,5) noch schlechter bewertet wird.
- Die größte Schwäche wird von den oberbayerischen Unternehmen bei den Strompreisen gesehen (Note 3,7). Diese Bewertung wird bayernweit geteilt.

Tabelle 10
 Datenübersicht Oberbayern

	Oberbayern	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	86,6*	96,6	–
Standortqualität ²	80,4	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	2,8	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	72,4	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	85.000	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	25,0	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	28,6	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	27,2	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	57.637	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	28.186	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	2,2	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	7,2	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.2.2 Abweichungen zum Vorjahr

Bei den Zustimmungsraten gibt es im Vergleich zum Vorjahr bei mehreren Einzelmaßnahmen in allen Bereichen Abweichungen nach oben und unten.

Im Bereich Humankapital fordern die oberbayerischen Unternehmer deutlich häufiger als im Vorjahr eine Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsrechts (Zustimmungsquote 71,8 Prozent gegenüber 64,1 Prozent im Vorjahr) sowie den Ausbau der Unterstützung der beruflichen Weiterbildung (77,3 gegenüber 66,2 Prozent im Vorjahr).

Seltener gefordert als im Vorjahr wurden in Oberbayern im Bereich Humankapital eine weitere Verstärkung der Integrations- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge (51,1 gegenüber 64,5 Prozent im Vorjahr), mehr Erleichterungen bei der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland (44,4 gegenüber 50,8 Prozent im Vorjahr) und mehr Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen (61,7 gegenüber 68,2 Prozent im Vorjahr).

Zur Stärkung des Innovationsumfelds fordern die oberbayerischen Unternehmen heute deutlich häufiger eine verbesserte Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (89,3 gegenüber 67,2 Prozent) und eine Stärkung der finanziellen Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen (76 gegenüber 67,1 Prozent im Vorjahr). Dagegen sank der Handlungsbedarf in Oberbayern beim Ausbau des Förderangebots für Unternehmen (von 73,8 Prozent im Vorjahr auf 62,5 Prozent) und bei der Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups (von 76,7 auf 66,4 Prozent).

Im Bereich der allgemeinen Infrastruktur fordern die oberbayerischen Unternehmen in vielen Aspekten Verbesserungen: Gestiegen sind die Zustimmungsquoten für Verbesserungen der Güte des Schienenverkehrs (von 64,9 Prozent im Vorjahr auf 89,5 Prozent) und der Sicherung des Angebots des öffentlichen Personenverkehrs (von 72,3 auf 91,7 Prozent). Angesichts der Zuwanderungsdrucks auf Oberbayern wird dort auch deutlich häufiger die Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum gefordert (von 52,5 auf 67,3 Prozent). Auch Verbesserungen der Güte des Straßenverkehrs, der Sicherung wohnortnaher Schulen, einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung sowie eines attraktiven soziokulturellen Angebots werden in Oberbayern deutlich häufiger gefordert als im Vorjahr.

4.2.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Vergleicht man die Zustimmungsraten zu den Verbesserungswünschen in Oberbayern mit Bayern insgesamt, fällt auf, dass die Zustimmung in Oberbayern in nur wenigen Bereichen deutlich über den bayerischen Werten liegt, was mit der insgesamt besseren Bewertung der Standortqualität zusammenhängen dürfte.

Oberbayern ist ein erfolgreicher Forschungsstandort. Wie in ganz Bayern steht der Wunsch nach besserer Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Forschungseinrichtungen an erster Stelle, wobei der Handlungsbedarf in Oberbayern deutlich höher ausfällt (89,3 zu 84,2 Prozent in Bayern gesamt).

Bei der allgemeinen Infrastruktur zeigt sich in Oberbayern ein zweigeteiltes Bild: Angesichts der besseren Bewertung der Infrastruktur ist der Handlungsbedarf in vielen Bereichen unterdurchschnittlich. Sehr deutlich angemahnt werden hingegen Investitionen in den Schienenverkehr (89,5 zu 71,6 Prozent in Bayern). Auch ein besseres Angebot im öffentlichen Personennahverkehr wird gefordert (91,7 zu 82,1 Prozent in ganz Bayern).

Die Forderung, die Breitbandinitiative fortzuführen, fällt in ganz Bayern mit einer Zustimmungsquote von 91,2 Prozent schon sehr hoch aus. In Oberbayern fordern dies nochmals mehr Unternehmen (96,8 Prozent). In diesem Zusammenhang fordern die oberbayerischen Unternehmen auch deutlich häufiger, das E-Government und die E-Administration weiter auszubauen (70,5 zu 65,4 Prozent in ganz Bayern).

Folgende Kategorien fallen durch ihre im Vergleich niedrigen Zustimmungsquoten für Verbesserungsbedarfe auf: die Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen (-6,2 Prozentpunkte), die Stärkung der Integrations- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge (-5,7 Prozentpunkte) und die Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (-7,6 Prozentpunkte), die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (-5,3 Prozentpunkte).

Im Bereich Humankapital sehen die oberbayerischen Unternehmen im Vergleich zu Bayern in keinem Bereich einen erhöhten Handlungsbedarf.

4.3 Niederbayern

4.3.1 Sozioökonomische Lage

Niederbayern ist gemessen an Einwohnern und Fläche einer der kleinsten bayerischen Regierungsbezirke. Die Region ist stark ländlich geprägt; rund 90 Prozent der Einwohner sind im ländlichen Raum angesiedelt. Die Wirtschaftsstruktur weist eine starke industrielle Prägung mit Konzentration auf den Kraftfahrzeugbau und seine Zulieferbranchen auf.

- Die Qualität des Standorts Niederbayern bewerten die ansässigen Unternehmen im Durchschnitt mit 74,2 von 100 Punkten. Zwar ist die Bewertung seit 2015 durchweg gestiegen, bleibt aber weiterhin unter dem landesweiten Durchschnitt (76,2).
- Die Standortloyalität in Niederbayern erreicht mit 79 von 100 Punkten die niedrigste Wertung. Auch bei der Standortloyalität zu Bayern findet sich in Niederbayern der niedrigste Wert. Ursächlich könnte hier der überdurchschnittlich hohe Industrieanteil in Niederbayern (31,8 Prozent) sein. Die Industrie ist stärker als Dienstleistungen der kostengünstigeren Konkurrenz aus der Tschechischen Republik ausgesetzt, was Verlagerungstendenzen hervorrufen kann.
- Der Arbeitsmarkt in Niederbayern ist stabil. Die Arbeitslosenquote beträgt wie in Bayern 2,9 Prozent und liegt damit deutlich unter dem Deutschlandwert (5,2 Prozent). Die im Bayernvergleich niedrigeren Quoten bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II sowie dem Anteil privat überschuldeter Personen verdeutlichen die gute soziale Lage.
- Die Verfügbarkeit von Fach- und Nachwuchskräften wird in Niederbayern nach wie vor etwas schlechter bewertet als in Bayern insgesamt. Sowohl in Niederbayern als auch in ganz Bayern wird die Verfügbarkeit heute schlechter bewertet als noch im Vorjahr. Deutlich unzufriedener sind die niederbayerischen Unternehmen mit dem bürokratischen Aufwand beim Personaleinsatz (Note 4,4 gegenüber 4,1 in Bayern insgesamt).
- Die Güte der Infrastruktur wird durch die niederbayerischen Unternehmen schlechter bewertet als in Bayern. Dies gilt zuvorderst für die Mobilfunkinfrastruktur (Note 3,9 gegenüber 3,5 in Bayern insgesamt) und die digitale Infrastruktur (Note 3,6 gegenüber 3,3). Aber auch die Güte der Schieneninfrastruktur (Note 3,7) und der Straßeninfrastruktur (3,2) werden von den niederbayerischen Unternehmen als ausbaufähig bewertet.

Tabelle 11

Datenübersicht Niederbayern

	Niederbayern	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	79,4*	91,3	–
Standortqualität ²	74,2	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	2,9	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	72,3	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	63.929	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	31,8	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	21,4	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	19,1	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	39.016	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	22.802	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	1,9	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	6,9	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.3.2 Abweichungen zum Vorjahr

Die Zustimmungsqoten der diesjährigen Befragung führen in Niederbayern vergleichsweise selten zu häufigeren Forderungen nach Verbesserungen als im Vorjahr. Bei einigen Einzelmaßnahmen ist der Handlungsdruck gegenüber dem Vorjahr auch gesunken.

Deutlich häufiger als im Vorjahr fordern die niederbayerischen Unternehmen eine flexiblere Renteneintrittsregelung (Zustimmungsquote 67,1 Prozent gegenüber 49,6 Prozent im Vorjahr). Hier kann es sein, dass sich die im Vorjahr festgestellten Hoffnungen des „Flexirentengesetzes“ nicht verwirklicht haben.

Einen deutlichen Anstieg verzeichnete in Niederbayern die Forderung nach mehr Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (von 67,9 auf 84,5 Prozent). Auch fordern die Unternehmen häufiger eine Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups (+7,9 Prozentpunkte).

Weitere deutliche Anstiege beim Handlungsbedarf geben die niederbayerischen Unternehmen an bei der Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve (von 43,8 auf 52,1 Prozent) und den Investitionen in die Infrastruktur für den Schienenverkehr (von 65 auf 73,9 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr seltener fordern die niederbayerischen Unternehmen die Reduzierung des bürokratischen Aufwands im Rahmen des Mindestlohngesetzes (64,1 gegenüber 79,7 Prozent im Vorjahr) und die erleichterte Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland (36,6 gegenüber 50 Prozent im Vorjahr). Auch Investitionen in die Infrastruktur des Luftverkehrs werden seltener (21,8 Prozent) als im Vorjahr (32,1 Prozent) angemahnt.

4.3.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Bereich Humankapital melden die niederbayerischen Unternehmen seltener Verbesserungsbedarf an als der Durchschnitt in Bayern. Häufiger gefordert, wenn auch nicht mit einem Abstand von mehr als 5 Prozentpunkten, werden die Senkung der Arbeitskosten und eine Erleichterung der Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland, hinter der Fachkräftengpässe stehen dürften.

Die niederbayerischen Unternehmen sind auf eine gesicherte Stromversorgung angewiesen. Deshalb befürworten sie am stärksten unter allen Regierungsbezirken die Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve (52,1 Prozent gegenüber 40,8 Prozent in Bayern). Ebenfalls häufiger fordern sie die Entwicklung, den Ausbau und Aufbau von Stromspeichern (85,7 Prozent gegenüber 80,8 Prozent in Bayern).

Im Bereich der allgemeinen Infrastruktur übersteigen die Quoten vereinzelt den landesweiten Mittelwert. Aufgrund der ländlichen Prägung des Regierungsbezirks und der hohen Bedeutung des automobilen Verkehrs fordern überproportional viele Befragte

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Investitionen in die Infrastruktur für den Straßenverkehr (76,1 Prozent gegenüber 70,9 Prozent in Bayern). Weiterhin sind der Wunsch nach der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung und die Forcierung des Mobilfunkinfrastrukturausbaus in Niederbayern am stärksten ausgeprägt.

Beim Verwaltungshandeln fordern die niederbayerischen Unternehmen vergleichsweise selten, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einzuschränken, wenn sie in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten. Die Zustimmung liegt hier bei 39,1 Prozent, während dies im gesamten Freistaat 44,5 Prozent der Unternehmen fordern. Wie landesweit auch, fordern die niederbayerischen Unternehmen am häufigsten die stärkere Vernetzung der administrativen Einheiten.

Beim Innovationsumfeld fordern die niederbayerischen Unternehmen deutlich häufiger Verbesserungen als die Unternehmen in ganz Bayern. Folgende Kategorien fallen durch ihre im Vergleich höheren Zustimmungsquoten für Verbesserungsbedarfe und zugleich bayernweit höchsten Zustimmungsraten auf: die Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups (76,7 Prozent gegenüber 67,3 Prozent in Bayern), das Förderungsangebot für Unternehmen ausbauen (68,5 Prozent gegenüber 61,1 Prozent), das Beratungsangebot verbessern (70,4 Prozent gegenüber 63,1 Prozent) und Antragsverfahren erleichtern (83,6 Prozent gegenüber 76,6 Prozent). Ebenfalls häufig gefordert (84,5 Prozent) wird die Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, wenn auch nicht häufiger als in ganz Bayern (84,2 Prozent).

4.4 Oberpfalz

4.4.1 Sozioökonomische Lage

Die Oberpfalz ist der Regierungsbezirk mit der geringsten Bevölkerungsdichte in Bayern. Rund die Hälfte der Einwohner lebt hier in einem ländlich geprägten Landkreis. Der Regierungsbezirk profitiert zwar von seinem wirtschaftlichen Kraftzentrum um den Großraum Regensburg, hat aber dennoch mit einigen Nachteilen ländlicher Regionen zu kämpfen.

- Die oberpfälzische Standortqualität wird durch die ansässigen Unternehmen mit 73 Punkten unterdurchschnittlich bewertet. Die Standortloyalität fällt in der Oberpfalz mit 82,6 Punkten ebenfalls unterdurchschnittlich aus und hat gegenüber dem Vorjahr (83,4 Punkte) leicht abgenommen.
- Die Industrie spielt in der Oberpfalz eine sehr dominante Rolle, sie macht mit 33,2 Prozent den größten Anteil an der Bruttowertschöpfung unter allen bayerischen Regierungsbezirken aus.
- Die Oberpfalz weist die bayernweit niedrigste Arbeitslosenquote (2,6 Prozent) auf. Entsprechend schwierig ist die Fachkräftesuche. So wird die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte (Note 4,1) schlechter bewertet als in Bayern (3,9). Die Suche nach qualifizierten Nachwuchskräften gestaltet sich heute schwieriger (Note 4) als noch im Vorjahr (Note 3,7).
- Die soziale Lage ist in der Oberpfalz durch eine vergleichsweise niedrige ALG-II-Bezieher-Quote (2,0 Prozent gegenüber 2,3 Prozent in Bayern) sowie weniger privat Überschuldete (7,0 Prozent gegenüber 7,4 Prozent in Bayern) gekennzeichnet.
- Die Produktivität der Oberpfalz ist im Vergleich zu Deutschland und ganz Bayern unterdurchschnittlich. Auch die Wohlstandsindikatoren sind schwächer ausgeprägt, wobei innerhalb des Regierungsbezirks erhebliche Unterschiede bestehen dürften.
- Im Bereich allgemeine Infrastruktur spiegelt sich der ländliche Charakter der Oberpfalz wider. Fast alle Infrastrukturbereiche – mit Ausnahme der Gewerbe- und Industrieflächen – werden leicht unterdurchschnittlich bewertet, wenngleich sich meist ein Regierungsbezirk findet, in dem die Bewertung noch ungünstiger ausfällt.

Tabelle 12
Datenübersicht Oberpfalz

	Oberpfalz	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	82,6*	93,9	–
Standortqualität ²	73,0	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	2,6	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	72,4	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	65.650	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	33,2	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	22,5	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	25,1	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	42.261	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	22.871	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	2,0	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	7,0	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.4.2 Abweichungen zum Vorjahr

In der Oberpfalz zeigen sich nur bei wenigen Einzelmaßnahmen deutliche Anstiege der Zustimmungsqoten gegenüber dem Vorjahr: An erster Stelle stehen hier mehr Investitionen in die Infrastruktur für den Schienenverkehr (Anstieg von 54,2 Prozent im Vorjahr auf 75 Prozent), wobei gleichzeitig die Bewertung des Schienenverkehrs mit der Note 3,7 deutlich schlechter ausgefallen ist als im Vorjahr (3,3).

Deutlich häufiger fordern die oberpfälzischen Unternehmen eine verbesserte Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (86,6 Prozent gegenüber 71,4 Prozent im Vorjahr). Ebenfalls um mehr als 5 Prozentpunkte gestiegen sind die Forderungen nach dem Ausbau der Unterstützung der beruflichen Weiterbildung, der Sicherung wohnortnaher Kitas und Pflegeeinrichtungen sowie im Verwaltungsbereich der stärkere Ausbau von E-Government/E-Administration und die stärkere Vernetzung administrativer Einheiten.

In der Oberpfalz wird die Höhe der Strompreise deutlich schlechter (Note: 3,7) bewertet als im Vorjahr (3,4). Die Lösung wird aber weniger in der Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve (-8,1 Prozentpunkte) gesehen als in der Anpassung der Rahmenbedingungen, um die Kosten der Energiewende zu senken (Anstieg von 75 auf 79,4 Prozent).

Auf der anderen Seite fordern die oberpfälzischen Unternehmen bei mehreren Einzelmaßnahmen deutlich seltener Verbesserungen: Im Bereich Humankapital fordern noch 46,5 Prozent mehr Erleichterungen bei der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland, im Vorjahr waren es noch 59,7 Prozent.

Im Bereich Innovationsumfeld hat der Handlungsdruck teils nachgelassen: Den Ausbau des Förderangebots für Unternehmen forderten noch 65,5 Prozent der Unternehmen (Vorjahr: 81,8 Prozent), ein verbessertes Beratungsangebot wünschten sich 62,3 Prozent der Befragten (Vorjahr: 72,9 Prozent). Zwar sank auch die Zustimmungsqote zur Vereinfachung der Antragsverfahren um 10,5 Prozentpunkte, sie bleibt mit 80,4 Prozent aber immer noch hoch.

4.4.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Bei der Befragung traten in der Oberpfalz erneut nur bei wenigen Verbesserungsvorschlägen markante Abweichungen vom bayerischen Mittelwert auf.

Der ländliche Charakter vieler Teile der Oberpfalz spiegelt sich im in ganz Bayern am stärksten ausgeprägten Wunsch nach der Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen wider. 82,5 Prozent der oberpfälzischen Unternehmen sehen hier Verbesserungsbedarf, bayernweit sind es 77,2 Prozent. Ganz oben auf der Liste der Verbesserungswünsche steht bei den oberpfälzischen Unternehmen die Fortführung der Breitbandinitiative (92,8 Prozent).

[Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken](#)

Im Bereich Verwaltungshandeln sehen die oberpfälzischen Unternehmen bei der Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen nach wie vor mit 52,1 Prozent deutlich mehr Handlungsbedarf als in Bayern gesamt (44,5 Prozent).

Im Bereich Humankapital liegt die Zustimmung zur Erleichterung der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland in der Oberpfalz (46,5 Prozent) höher als im Freistaat (43,6 Prozent). Deutlich höher ausgeprägt ist der Wunsch, den bürokratischen Aufwand im Rahmen des Mindestlohngesetzes zu reduzieren (79,4 Prozent gegenüber 71,5 Prozent in Bayern). Bayernweit am häufigsten fordern die oberpfälzischen Unternehmen Unterstützung bei der beruflichen Weiterbildung (77,3 Prozent gegenüber 73,5 Prozent in Bayern). Dies könnte an der starken industriellen Prägung und der Digitalisierung liegen, die einen Tätigkeitswandel Vorschub leistet.

Zur Stärkung des Innovationsumfelds wünschen sich die oberpfälzischen Unternehmen wie die bayerischen Unternehmen vor allem mehr Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (86,6 Prozent, bayernweit 84,2 Prozent) und leichtere Antragsverfahren (80,4 Prozent, bayernweit 76,6 Prozent).

4.5 Oberfranken

4.5.1 Sozioökonomische Lage

Oberfranken ist der flächenmäßig kleinste Regierungsbezirk des Freistaats Bayern. Er weist eine etwas stärkere industrielle Prägung auf als Bayern, mit Konzentration auf den Maschinenbau und die Gummi- und Kunststoffindustrie. Zudem haben viele Unternehmen der vom Strukturwandel am stärksten betroffenen Branchen – wie die Möbel- und Textilindustrie sowie das Glas- und Keramikgewerbe – ihren Sitz im Regierungsbezirk. Die Region ist eher ländlich geprägt. Daher stellt die große Entfernung zu Ballungszentren den Bezirk vor einige Herausforderungen.

- Die ansässigen Unternehmen bewerten die Standortqualität in Oberfranken mit durchschnittlich 71,8 von 100 Punkten, der im Bayernvergleich schlechteste Wert. Gleichzeitig weist Oberfranken den geringsten Wert bei der regionalen Standortloyalität (71,8 Prozent) auf.
- Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der spezifischen Wirtschaftsstruktur und der Betroffenheit vom Strukturwandel bildet Oberfranken im bayerischen Vergleich in den meisten Kategorien auch in diesem Jahr erneut wieder das Schlusslicht. So z. B. bei der Produktivität, der Kaufkraft und beim BIP je Einwohner. Zwar fallen die soziale Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls ungünstiger aus als in ganz Bayern, aber deutlich besser als in Deutschland. So beträgt die Arbeitslosenquote nur 3,3 Prozent, gegenüber 5,2 Prozent in Deutschland. Die ALG-II-Quote ist in Oberfranken mit 2,6 Prozent ebenfalls deutlich niedriger als in Deutschland (5,0 Prozent), ebenso wie der Anteil der privat Überschuldeten.
- Die niedrige Arbeitslosigkeit spiegelt sich auch in der Befriedigung des regionalen Fachkräftebedarfs wider. Die Beurteilung der Verfügbarkeit von qualifizierten Nachwuchskräften (Note 3,9), Fachkräften (Note 4,0) und MINT-Absolventen (Note 3,3) bringt die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck.
- Beim Innovationsumfeld entsprechen die Bewertungen der oberfränkischen Unternehmen weitgehend dem Landesdurchschnitt, während Oberfranken früher in vielen Bereichen hinter dem bayerischen Durchschnitt zurückblieb.
- Die höchste Unzufriedenheit mit der allgemeinen Infrastruktur zeigen die oberfränkischen Unternehmen bei der Güte der digitalen Infrastruktur und der Infrastruktur für den Schienenverkehr (jeweils Note 3,4), die aber auch landesweit ähnlich schlecht bewertet werden. Erheblich schlechter beurteilen die oberfränkischen Unternehmen die Infrastruktur für den Luftverkehr (Note 3,2 gegenüber 2,8 in Bayern), was mit den größeren Entfernungen zu den vorhandenen Flughäfen zusammenhängen dürfte.

Tabelle 13
 Datenübersicht Oberfranken

	Oberfranken	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	81,0*	95,0	–
Standortqualität ²	71,8	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	3,3	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	71,8	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	61.135	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	28,7	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	24,3	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	21,1	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	37.525	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	22.244	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	2,6	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	7,8	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.5.2 Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es in Oberfranken vor allem in den Bereichen Humankapital, Infrastruktur und der Stromversorgung häufiger Forderungen nach Verbesserungen.

Im Bereich Humankapital fordern im Vergleich zum Vorjahr mehr oberfränkischen Unternehmen Erleichterungen bei der Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren (71 Prozent gegenüber 65,8 Prozent), die Reduzierung des bürokratischen Aufwands im Rahmen des Mindestlohngesetzes (77,7 Prozent gegenüber 72,3 Prozent) und mehr Unterstützung durch die Politik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (68 Prozent gegenüber 60,9 Prozent). Deutlich seltener wird hingegen eine Erleichterung der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland gefordert (40 Prozent gegenüber 53,8 Prozent).

Im Bereich Innovationsumfeld werden bei der Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen häufiger Verbesserungen angemahnt (80,6 Prozent, +9,7 Prozentpunkte), während Forderungen nach dem Ausbau des Förderangebots (55,2 Prozent, -25,3 Prozentpunkte) und der Verbesserung des Beratungsangebots (59 Prozent, -12,4 Prozentpunkte) deutlich seltener erhoben werden. Auch andere Maßnahmen wie die Erleichterung von Antragsverfahren (78,8 Prozent, -6,5 Prozentpunkte) und die bessere Vernetzung mit Start-ups (66,7 Prozent, -5,7 Prozentpunkte) werden im Vergleich zum Vorjahr deutlich seltener genannt.

Bei der Stromversorgung fordert heute ein höherer Anteil der Unternehmen eine Anpassung der Rahmenbedingungen, um die Kosten der Energiewende zu senken (84 Prozent, +8,3 Prozentpunkte) und die Entwicklung, den Ausbau und Aufbau von Stromspeichern (87,8 Prozent, +10,4 Prozentpunkte).

In vielen Infrastrukturbereichen fordern heute mehr oberfränkische Unternehmen Verbesserungen als noch im Vorjahr: bei der Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (86,9 Prozent, +14,5 Prozentpunkte), bei der Sicherung wohnortnaher Schulen (87,9 Prozent, +8,4 Prozentpunkte), bei der Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (62,6 Prozent, +8,8 Prozentpunkte), bei Investitionen in die Infrastruktur für den Schienenverkehr (61,1 Prozent, +5,7 Prozentpunkte) und bei der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (88,9 Prozent, +5,5 Prozentpunkte). Zudem fordern heute deutlich mehr Unternehmen (86,9 Prozent) die Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum (Vorjahr 75 Prozent).

4.5.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Bei der Befragung traten in Oberfranken nur bei wenigen Verbesserungsvorschlägen markante Abweichungen vom bayerischen Mittelwert auf. Unterschiede gibt es vor allem bei der Infrastruktur, die durch die eher ländliche Prägung Oberfrankens zustande kommen dürften. Im Bayernvergleich fordern deutlich mehr oberfränkische Unternehmen eine Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (86,9 Prozent gegenüber 74,9 Prozent in Bayern), die Sicherung wohnortnaher KITAS (91,9 Prozent gegenüber 83,1 Prozent in

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Bayern) und die Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (62,6 Prozent gegenüber 56,1 Prozent in Bayern). Seltener gefordert werden hingegen mehr Investitionen in den Schienenverkehr (61,7 Prozent gegenüber 71,6 Prozent in Bayern) und der forcierte Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur (76,7 Prozent gegenüber 82 Prozent in Bayern).

Die Zustimmungsqoten Oberfrankens im Bereich Humankapital ähneln dem bayerischen Mittelwert. Deutlich mehr Handlungsbedarf sehen die Unternehmen bei der Reduzierung des bürokratischen Aufwands im Rahmen des Mindestlohngesetzes (77,7 Prozent gegenüber 71,5 Prozent in Bayern). Den größten Handlungsbedarf sehen die oberfränkischen Unternehmen bei der verbesserten Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen (81 Prozent gegenüber 78,2 Prozent in Bayern).

In den Bereichen Innovation und Energie zeigen die Zustimmungsqoten nur in zwei Punkten größere Abweichungen zum landesweiten Durchschnitt: Seltener wird der Ausbau des Förderungsangebots für Unternehmen bei ihren Innovationsanstrengungen gefordert (55,2 Prozent gegenüber 61,1 Prozent in Bayern), häufiger die Entwicklung, der Ausbau und Aufbau von Stromspeichern (87,8 Prozent gegenüber 80,8 Prozent in Bayern).

Im Bereich Verwaltungshandeln liegen die Befürwortungsraten nahe beim bayerischen Durchschnitt. Der Ausbau der E-Administration wird in Oberfranken nach wie vor weniger priorisiert als in Bayern insgesamt (63,3 Prozent in Oberfranken zu 65,4 Prozent in Bayern).

4.6 Mittelfranken

4.6.1 Sozioökonomische Lage

Mittelfranken weist mit den Städten Nürnberg, Erlangen und Fürth neben Oberbayern den zweiten größeren Agglomerationsraum in Bayern auf. Gleichzeitig sind die Landkreise im Westen und Süden des Regierungsbezirks eher ländlich geprägt. Wichtige Branchenschwerpunkte im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes sind der Maschinenbau und die Elektroindustrie. Die wirtschaftliche Struktur und Nähe zu Ballungszentren haben positive Auswirkungen auf einige der Standortbewertungen. Zusätzlich profitiert die Region von ihrer zentralen Lage in Bayern.

- Unternehmer aus Mittelfranken beurteilen die Standortqualität ihres Regierungsbezirks mit 76,9 von 100 Punkten. Damit liegt Mittelfranken unter dem Wert für Bayern insgesamt. Bei der Standortloyalität erreicht Mittelfranken mit 88,8 von 100 Punkten den höchsten Wert aller Regierungsbezirke und schneidet damit besser ab als der Durchschnitt (84,2).
- Betrachtet man die sozioökonomische Lage Mittelfrankens, zeigt sich ein gemischtes Bild. Die Arbeitslosenquote, der Anteil von Arbeitslosengeld-II-Empfängern sowie der Anteil privat überschuldeter Personen in Mittelfranken liegen weiterhin am weitesten über dem bayerischen Durchschnitt. Beim BIP je Einwohner und der Kaufkraft reiht sich der Regierungsbezirk dagegen an zweiter Stelle hinter Oberbayern ein. Eine Erklärung liegt in der Wirtschaftsstruktur, die sich am stärksten durch Großunternehmen und den hinter Oberbayern zweithöchsten Anteil an Unternehmensdienstleistungen auszeichnet.
- Bei der Bewertung der verschiedenen Bereiche gibt es in Mittelfranken keine deutlichen Abweichungen vom bayerischen Durchschnitt. Die Infrastruktur wird – mit Ausnahme der Güte der Gewerbe- und Industrieflächen – positiver bewertet als in ganz Bayern. Am besten bewertet wird in Mittelfranken die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (Note 2,4)
- Das Humankapital wird in allen Facetten etwas besser bewertet als im bayerischen Durchschnitt. Die beste Bewertung erzielt die Bildungsinfrastruktur (Note 2,4 gegenüber 2,5 in Bayern). Die Fachkräfteversorgung stellt aber auch in Mittelfranken eine Herausforderung dar: Die Versorgung mit qualifizierten Nachwuchskräften erreicht lediglich die Note 3,8 (ganz Bayern: 4,0), die Versorgung mit Fachkräften die Note 3,7 (ganz Bayern: 3,9).

Tabelle 14
 Datenübersicht Mittelfranken

	Mittelfranken	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	88,8*	97,0	–
Standortqualität ²	76,9	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	3,5	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	72,5	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	66.846	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	27,4	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	26,1	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	27,9	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	43.974	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	24.451	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	3,2	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	8,5	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.6.2 Abweichungen zum Vorjahr

Die zentrale geografische Lage lässt Mittelfranken von der insgesamt sehr guten Infrastruktur in Bayern profitieren. Traditionell war der Handlungsbedarf in diesem Bereich geringer als im bayerischen Durchschnitt, allerdings hat der Handlungsdruck im Vergleich zum Vorjahr bei vielen Einzelmaßnahmen zugenommen.

Der größte Anstieg bei den Zustimmungswerten zu den Verbesserungsmaßnahmen im Bereich Infrastruktur gibt es bei den Investitionen in den Schienenverkehr (von 59,1 auf 68,4 Prozent), der Sicherung wohnortnaher KITAS (von 75,9 auf 84,6 Prozent) und der Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (von 51,9 auf 58,5 Prozent).

Mit den Agglomerationsräumen rund um den Städteverbund Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach besitzt Mittelfranken den zweitwichtigsten Forschungsstandort in Bayern. Die regionalen Unternehmen schätzen diesen Vorteil, aber wünschen sich dennoch weiterhin vor allem eine bessere Vernetzung zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (Zunahme von 68 auf 83,1 Prozent) und eine stärkere finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen (von 67,7 auf 78,3 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr seltener fordern die mittelfränkischen Unternehmen die Erleichterung von Antragsverfahren (Zustimmungsquote 65,3 Prozent, -26,6 Prozentpunkte), den Ausbau des Förderangebots für Unternehmen (54,9 Prozent, -16,4 Prozentpunkte) und eine Verbesserung des Beratungsangebots (57,3 Prozent, -7,6 Prozentpunkte).

Das Thema Beschäftigung älterer Arbeitnehmer scheint in Mittelfranken stärker in den Fokus gerückt zu sein: Im Vergleich zum Vorjahr fordern deutlich mehr Unternehmen (von 48,8 auf 63,9 Prozent) einen flexiblen Renteneintritt ohne starre Renteneintrittsgrenze sowie Erleichterungen bei der Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren (Anstieg von 62,2 auf 69,4 Prozent). Seltener gefordert werden hingegen weitere Erleichterungen bei der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland (Absinken von 51,2 auf 41,5 Prozent).

4.6.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Aus der Befragung geht hervor, dass die mittelfränkischen Unternehmen in Relation zum bayerischen Durchschnitt nur an einer Stelle einen nennenswerten überdurchschnittlichen Handlungsbedarf sehen: Im Bereich Humankapital fordern die mittelfränkischen Unternehmen überdurchschnittlich häufig eine stärkere finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen (78,3 Prozent gegenüber 72,6 Prozent in Bayern). In keinem anderen Regierungsbezirk wird diese Forderung so häufig erhoben.

Den größten Handlungsbedarf im Bereich Innovationsumfeld sehen die Unternehmen bei der Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (83,2 Prozent), die in Bayern in ähnlichem Maße genannt wird (84,2 Prozent).

[Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken](#)

Weitere wichtige Anliegen der mittelfränkischen Unternehmen betreffen die Verbesserung der Infrastruktur, was an den hohen Zustimmungsraten zu den folgenden Maßnahmen deutlich wird: die Fortführung der Breitbandinitiative (89,9 Prozent), die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (88,9 Prozent), die Sicherung wohnortnaher Schulen (84,8 Prozent) und Kitas (84,6 Prozent). Häufiger als in Bayern (83,4 Prozent) fordern die mittelfränkischen Unternehmen (86,8 Prozent) die Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum.

Die Unternehmen aus Mittelfranken wünschen sich zudem stärker als die Unternehmen aus allen anderen Regierungsbezirken mehr Unterstützung durch die Politik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (70,4 Prozent gegenüber 65,9 Prozent in Bayern).

4.7 Unterfranken

4.7.1 Sozioökonomische Lage

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte Unterfrankens liegen in den Dienstleistungs- und Handelszentren Aschaffenburg und Würzburg sowie in der industriell geprägten Stadt Schweinfurt. Im Nordosten der Region finden sich einige ländliche Kreise und entlang des Mains diverse Städte mittlerer Größe.

- Die Beurteilung der Standortqualität Unterfrankens fällt mit 78,7 Punkten besser aus als im Vorjahr (74,7 Punkte). Dies schlägt sich auch in der deutlich gestiegenen regionalen Standortloyalität (87,6) nieder, die im bayerischen Vergleich (92,4) jedoch weiterhin unterdurchschnittlich ist.
- Im Vergleich mit Bayern insgesamt schneidet Unterfranken bei den Sozialindikatoren gut ab. Die Arbeitslosenquote und der Anteil der privat Verschuldeten liegen jeweils unter dem Durchschnitt des Freistaats, die Quote der Arbeitslosengeld-II-Bezieher im Durchschnitt. Zudem ist in keinem anderen Regierungsbezirk die Arbeitsplatzversorgung höher als in Unterfranken (73,3 Prozent).
- Unterdurchschnittlich fällt hingegen die wirtschaftliche Stärke des Regierungsbezirks aus. Die Wohlstands- und Wirtschaftsindikatoren liegen allesamt unter dem bayerischen Durchschnitt.
- Unterfranken weist nach Niederbayern den zweitgeringsten Anteil Großunternehmen (20,2 Prozent) auf.
- Die Bewertung der verschiedenen Standortfaktoren weicht nur selten vom bayerischen Durchschnitt ab. Die größten Abweichungen bestehen bei der Mobilfunkinfrastruktur (Note 3,2 gegenüber 3,5 in Bayern) und den Zulassungs- und Genehmigungsverfahren im Bereich Verwaltungshandeln (Note 3,7 gegenüber 3,4 in Bayern).
- Druckpunkte auf die unterfränkischen Unternehmen, bei denen sie eine geringe Zufriedenheit aufweisen, sind die Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchs- (Note: 3,9) und Fachkräfte (3,8), die Flexibilität des Arbeitsrechts (3,7), der bürokratische Aufwand im Bereich Humankapital (4,2), die Höhe der Strompreise (3,5), die Güte der Schieneninfrastruktur (3,5) sowie das Verwaltungshandeln, das im Regierungsbezirk unterdurchschnittlich bewertet wird.

Tabelle 15
 Datenübersicht Unterfranken

	Unterfranken	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	87,6*	92,4	–
Standortqualität ²	78,7	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	2,7	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	73,3	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	65.411	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	28,7	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	22,7	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	20,2	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	40.257	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	22.933	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	2,3	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	7,0	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.7.2 Abweichungen zum Vorjahr

In Unterfranken hat sich die Standortloyalität der Unternehmen zur Region im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 Punkte verbessert. Gleichwohl gibt es zwei Bereiche, wo heute deutlich mehr Unternehmen Verbesserungsbedarf sehen als im Vorjahr.

Im Bereich Verkehrsinfrastruktur sehen heute deutlich mehr unterfränkische Unternehmen einen Verbesserungsbedarf. Dies betrifft vor allem Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur (Zustimmungsquote 65,7 Prozent, Veränderung gegenüber dem Vorjahr um +6,9 Prozentpunkte), Investitionen in die Infrastruktur für den Luftverkehr (31,7 Prozent, +7,1 Prozentpunkte), die Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (77,1 Prozent, +6,9 Prozentpunkte) und die Sicherung wohnortnaher Schulen (86,7 Prozent, +5,4 Prozentpunkte).

Häufigeren Handlungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr sehen die Unternehmen bei der Verstärkung und dem Ausbau der Leitungskapazitäten (Anstieg von 66,1 auf 73,3 Prozent) und der Anpassung der Rahmenbedingungen, um die Kosten der Energiewende zu senken (von 73,6 auf 79,6 Prozent).

Im Bereich Innovationsumfeld hat sich der Wunsch nach Verbesserungen ähnlich entwickelt wie in den meisten anderen Regierungsbezirken: Mehr Handlungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr sehen die Unternehmen vor allem bei der Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen (84,5 Prozent, +19,3 Prozentpunkte), während sie beim Ausbau des Förderangebots (-18 Prozentpunkte), der Erleichterung von Antragsverfahren (-14,5 Prozentpunkte) und der Verbesserung des Beratungsangebots (-7,2 Prozentpunkte) seltener als im Vorjahr Verbesserungen wünschen.

Im Bereich Humankapital wünschen sich die unterfränkischen Unternehmen vor allem häufiger den Ausbau der Unterstützung der beruflichen Weiterbildung (74,2 Prozent, +5,3 Prozentpunkte), während sie seltener als im Vorjahr nach mehr Unterstützung durch die Politik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangen (64 Prozent, -8,9 Prozentpunkte). Als einziger Regierungsbezirk fordert Unterfranken nicht seltener eine erleichterte Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland, was mit der hohen Forschungsintensität der Region in Verbindung stehen könnte.

4.7.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Bei der Befragung traten in Unterfranken vor allem bei den Verbesserungsvorschlägen zum Humankapital markante Abweichungen vom bayerischen Durchschnitt auf, während in den anderen Bereichen kaum markante Abweichungen zu verzeichnen sind.

Im Bereich Humankapital fordern die unterfränkischen Unternehmen im Vergleich zu Bayern folgende Verbesserungen überdurchschnittlich häufig: Erleichterung der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland (Zustimmungsquote 52,5 Prozent gegenüber 43,6 Prozent in Bayern), Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

(75 Prozent gegenüber 67,2 Prozent in Bayern), Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen (73,8 Prozent gegenüber 67,9 Prozent in Bayern) und Verstärkung der Integrations- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge (61,9 Prozent gegenüber 56,8 Prozent in Bayern). In keinem anderen Regierungsbezirk werden diese Forderungen häufiger erhoben. Gleichwohl ist auch in Unterfranken der häufigste Wunsch der Unternehmen die verbesserte Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen (81,0 Prozent).

Zur Stärkung des Innovationsumfelds wünschen sich 84,5 Prozent der unterfränkischen Unternehmen wie in ganz Bayern am häufigsten eine bessere Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. In keinem anderen Regierungsbezirk plädieren Unternehmen häufiger für die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung (68,4 Prozent gegenüber 63,5 Prozent in Bayern), was an der Unternehmensgrößenstruktur in Unterfranken liegen könnte, da vor allem kleine und mittlere Unternehmen von einer steuerlichen FuE-Förderung profitieren würden.

Im Bereich der Energieversorgung sind die Verbesserungswünsche Unterfrankens teilweise geringer ausgeprägt als in ganz Bayern. Die größten Abweichungen gibt es bei der Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve (34,6 Prozent gegenüber 40,8 Prozent in Bayern). Gleichwohl gibt es auch in Unterfranken (79,6 Prozent) wie in ganz Bayern den Wunsch, die Rahmenbedingungen anzupassen, um die Kosten der Energiewende zu senken.

Im Bereich Infrastruktur fällt der Vergleich der Zustimmungquoten mit dem bayerischen Mittelwert je nach Kategorie unterschiedlich aus. Für die Verbesserungsvorschläge bezüglich des Schienenverkehrs liegt die Rate der Zustimmung in Unterfranken (65,7 Prozent) deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt (71,6 Prozent). Am häufigsten fordern die unterfränkischen Unternehmen wie in Bayern die Fortführung der Breitbandinitiative (92,3 Prozent).

Das Verwaltungshandeln wird in Unterfranken unterdurchschnittlich bewertet. Der häufigste Verbesserungswunsch besteht in der besseren Vernetzung der administrativen Einheiten (76,2 Prozent), wenngleich dieser Wunsch in ganz Bayern noch stärker ausgeprägt ist (78,1 Prozent). In Unterfranken fordern die Unternehmen überdurchschnittlich häufig, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einzuschränken (49 Prozent gegenüber 44,5 Prozent in Bayern).

4.8 Schwaben

4.8.1 Sozioökonomische Lage

Schwaben ist gemessen an Einwohnern und Fläche einer der größten bayerischen Regierungsbezirke. Die Region ist von einer starken Industrie geprägt, die sich in den Stadt- und Landkreisen Augsburg, Neu-Ulm und Donau-Ries konzentriert. Die meisten Industriebeschäftigten sind im Maschinenbau tätig. Die dienstleistungsorientierten Branchen finden sich vor allem in den Kreisstädten. Einen regionalen Schwerpunkt bildet die forschungsinensive Luft- und Raumfahrtindustrie.

- Die Standortqualität wird von den Unternehmen in Schwaben mit 78,4 von 100 Punkten überdurchschnittlich gut bewertet. Die Standortloyalität liegt bei 82,4 Punkten, ein deutlicher Rückgang von mehr als 10 Punkten gegenüber dem Vorjahr.
- Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist gut. Schwaben weist eine überdurchschnittliche Arbeitsplatzversorgung und eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.
- Zudem ist für Schwaben der recht hohe Industrieanteil (29,7 Prozent) an der Bruttowertschöpfung charakteristisch. Der Anteil der Großunternehmen fällt dagegen unterdurchschnittlich aus.
- Die Produktivität liegt unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Auch die Wohlstandsindikatoren sind schwächer ausgeprägt als in Bayern, die Kaufkraft fällt jedoch höher aus als in Deutschland.
- Die Kategorien des Bereichs Humankapital werden geringfügig besser bewertet als in Bayern insgesamt. Druckpunkte der schwäbischen Unternehmen sind wie in ganz Bayern die regionale Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte (Note 3,9) und Fachkräfte (Note 3,9) sowie der bürokratische Aufwand (Note 4,0).
- Beim Innovationsumfeld fällt die Zufriedenheit in Schwaben leicht unterdurchschnittlich aus. Die größte Abweichung gibt es bei der Bewertung des Förderangebots (Note 3,0 gegenüber 2,8 in Bayern).
- Deutlich unzufriedener sind die schwäbischen Unternehmer mit den hohen Strompreisen (Note 3,9 gegenüber 3,5 in Bayern), die in keinem anderen Regierungsbezirk schlechter bewertet werden.

Tabelle 16
 Datenübersicht Schwaben

	Schwaben	Bayern	Deutschland
Standortbewertung			
Standortloyalität ¹	82,4	93,1	
Standortqualität ²	78,4*	76,2	–
Arbeitsmarkt			
Arbeitslosenquote ³	2,7	2,9	5,2
Arbeitsplatzversorgung ⁴	73,2	72,6	69,3
Wirtschaftsstruktur			
Produktivität ⁵	64.820	72.461	66.744
Anteil der Industrie ⁶	29,7	27,6	23,4
Anteil der Unternehmensdienstleistungen ⁶	22,3	25,7	25,3
Anteil Großunternehmen ⁷	20,9	24,5	22,1
Wohlstand und soziale Lage			
BIP/EW ⁸	39.468	46.698	39.650
Kaufkraft ⁹	23.735	25.062	22.949
ALG-II-Quote ¹⁰	2,0	2,3	5,0
Privat Überschuldete ¹¹	7,6	7,4	10,0

1 Anteil der Unternehmen, die ihren Standort wieder in der Region wählen würden; Bayernwert: Durchschnitt der einzelnen regionalen Anteile (2019).

2 Punktwert auf einer Skala von 0 bis 100 (2019).

3 Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent.

4 SV-Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte je Erwerbsfähigen (am Wohnort; 2018) in Prozent.

5 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro, 2017.

6 Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent, 2017.

7 Anteil der SV-Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 SV-Beschäftigten.

8 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro; 2017.

9 Kaufkraft in Euro je Einwohner (GfK).

10 ALG-II-Empfänger 2018 in Prozent.

11 Anteil der privat Verschuldeten an der über 18-jährigen Bevölkerung.

Quelle: Regionaldatenbank IW Consult (2019)

4.8.2 Abweichungen zum Vorjahr

Schwaben ist der einzige Regierungsbezirk, in dem die Standortloyalität im Vergleich zum Vorjahr erheblich nachgelassen hat (-10,3 Punkte).

Eine deutliche Zunahme des Handlungsbedarfs ist im Bereich Humankapital zu beobachten: Häufiger gefordert werden vor allem der Ausbau der Unterstützung der beruflichen Weiterbildung (Zustimmungsrate 74,3 Prozent, Veränderung gegenüber dem Vorjahr um +14,9 Prozentpunkte) und die verbesserte Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen (81,3 Prozent, +12,4 Prozentpunkte). Weiterhin sind die Zustimmungsraten zur Senkung der Arbeitskosten (+9,3 Prozentpunkte) und die Erleichterung der Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren (+6,9 Prozentpunkte) gestiegen. Seltener gefordert werden dagegen die Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen (63,9 Prozent, -13,2 Prozentpunkte) und die Erleichterung der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland (-6,1 Prozentpunkte).

Im Bereich Innovationsumfeld zeigt sich das gleiche Bild wie in allen anderen Regierungsbezirken: Die schwäbischen Unternehmen wünschen mehr Unterstützung bei der Vernetzung mit Forschungseinrichtungen (81 Prozent, +14,4 Prozentpunkte), aber seltener als im Vorjahr einen Ausbau des Förderangebots (56,9 Prozent, -16,4 Prozentpunkte) für Unternehmen und eine Erleichterung der Antragsverfahren (78,2 Prozent, -7,5 Prozentpunkte).

Im Bereich Infrastruktur ist Schwaben neben Niederbayern der einzige Regierungsbezirk, in dem die Unternehmen seltener als im Vorjahr den Ausbau der Straßeninfrastruktur fordern (62,3 Prozent, -8,3 Prozentpunkte). Die größten Zunahmen der Zustimmungsraten gegenüber dem Vorjahr sind bei der Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (70,3 Prozent, +12,1 Prozentpunkte) und der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (87,2 Prozent, +13 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Ebenfalls deutlich häufiger werden Verbesserungspotenziale bei der Sicherung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (55,8 Prozent, +7,7 Prozentpunkte), des Angebots im öffentlichen Personenverkehr (80,2 Prozent, +6,7 Prozentpunkte) und wohnortnaher Kitas (81,4 Prozent, +6 Prozentpunkte) genannt.

Im Bereich Stromversorgung fordern die Unternehmen zunehmend eine Anpassung der Rahmenbedingungen, um die Kosten der Energiewende zu senken (81,4 statt 73,6 Prozent im Vorjahr).

Im Bereich Verwaltungshandeln sind die Zustimmungsraten zum Ausbau des E-Governments (59,6 statt 73,2 Prozent) und der Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen rückläufig (41,4 statt 48,1 Prozent).

4.8.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Vergleicht man die Zustimmungsraten zu den Verbesserungswünschen in Schwaben mit Bayern insgesamt, fällt auf, dass die Zustimmung nur in drei Punkten deutlich über den bayerischen Werten liegt.

Im Bereich Humankapital wünschen sich die schwäbischen Unternehmen deutlich häufiger eine Senkung der Arbeitskosten (Zustimmungsquote 69,7 Prozent gegenüber 64,5 Prozent in Bayern). Die häufigste Forderung betrifft jedoch die verbesserte Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen (81,3 Prozent gegenüber 78,2 Prozent in Bayern).

Im Bereich der Stromversorgung fordern die Unternehmen in Schwaben deutlich überdurchschnittlich die Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve (46 Prozent gegenüber 40,8 Prozent in Bayern). Wichtigste Forderung bei der Stromversorgung ist aber die Anpassung der Rahmenbedingungen, um die Kosten der Energiewende zu senken (81,4 Prozent).

Die dritte markante Abweichung ist der deutlich stärker ausgeprägte Wunsch nach der Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene (77,7 Prozent gegenüber 71,9 Prozent in Bayern).

Im Bereich der Infrastruktur fordern die schwäbischen Unternehmen in der Regel seltener Verbesserungen als in ganz Bayern. Allenfalls die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen wird geringfügig häufiger genannt. Die häufigsten Forderungen in Schwaben betreffen die Fortführung der Breitbandinitiative (87,2 Prozent) und die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (87,2 Prozent). Eine Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum wird hingegen seltener gefordert (70,3 Prozent gegenüber 74,9 Prozent in Bayern).

Anhang

Die Unternehmensbefragung fand in der Zeit vom 27. Juni 2019 bis 26. Juli 2019 statt und wurde telefonisch durchgeführt. Befragt wurden 840 Unternehmen, pro Regierungsbezirk zwischen 111 und 125 Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Standorten wurde die Unternehmenszentrale befragt. In der Stichprobe befinden sich 572 Unternehmen, die bereits in einem der Vorjahre an der Unternehmensbefragung teilgenommen hatten. Die restlichen 268 Unternehmen wurden zufällig aus einer Unternehmensdatenbank ausgewählt. Die Stichprobe ist geschichtet nach Branche und Umsatzgröße – wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

Anzahl der Unternehmen nach Branche und Umsatz	bis 10 Millionen Euro	ab 10 Millionen Euro	Gesamt
Industrie	234	147	381
Dienstleistungen	273	186	459
Gesamt	507	333	840

Die Stichprobe ist so konzipiert, dass die Anzahl der Unternehmen in jeder der vier Klassen hinreichend groß ist. Nur dann kann sichergestellt werden, dass von den Befragungsergebnissen valide Rückschlüsse auf die Meinung aller Unternehmen in Bayern möglich sind. Die amtliche Statistik weist in Bayern für die Klasse der Dienstleister bis 10 Millionen Euro Umsatz einen Anteil von knapp 90 Prozent aus. Um auch Aussagen über die Unternehmen aus den anderen Klassen (Industrie bis 10 Millionen Euro Umsatz, Industrie ab 10 Millionen Euro Umsatz, Dienstleister ab 10 Millionen Euro Umsatz) treffen zu können, wurde bewusst eine disproportionale Stichprobe gezogen, in der diese Unternehmen in hinreichender Fallzahl vertreten sind.

Ein besonderer Fokus der Studie liegt auf den Analyseergebnissen für die einzelnen Regierungsbezirke. Ein Unternehmensregister mit Einteilung nach Umsatzgrößen liegt zwar für Bayern vor, aber nicht für die einzelnen Regierungsbezirke. Auf eine repräsentative Hochrechnung der Ergebnisse musste demnach wegen Unkenntnis der Grundgesamtheit verzichtet werden.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Verteilung der befragten Unternehmen über die Umsatzgrößen und die Branchen nicht der Grundgesamtheit aller Unternehmen in Bayern entspricht und die Ergebnisse der Befragung auch nicht hochgerechnet werden konnten. Die Frage, ob die Ergebnisse über die Stichprobe hinaus generalisiert werden können, ist davon allerdings nicht unmittelbar betroffen. Bei dieser Befragung wurde sichergestellt, dass die Fragen von Unternehmen mit wesentlichen Strukturunterschieden, von denen jeweils eine hinreichend große Anzahl an Unternehmen teilgenommen hatte, beantwortet wurden. Die hinreichend große Anzahl der beteiligten Unternehmen garantiert ähnliche Aussagen wie bei einer repräsentativen Hochrechnung.

Tabellenanhang

Standortloyalität (Würden Sie Ihren Standort wieder wählen ...)	Anteil Ja
in Bayern?	95,6 %
in Deutschland?	94,1 %

Standortqualität	Punktwert (0–100)
Wie beurteilen Sie die Standortqualität (auf einer Skala von 0–100 Punkten)?	73,9

Zufriedenheit im Bereich Humankapital	Mittelwert
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte (Auszubildende)	4,0
Verfügbarkeit von Fachkräften	3,9
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)	3,2
Güte der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2,5
Arbeitskosten	3,3
Flexibilität des Arbeitsrechts	3,6
Bürokratischer Aufwand	4,1
Mittelwert für den Bereich Humankapital	3,5

Anhang

Verbesserungsbedarf im Bereich Humankapital	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern (z. B. Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluss oder Höherqualifizierung von Auszubildenden)	78,2 %
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen (z. B. im Bereich Zeitarbeit oder Werkverträge)	70,6 %
Arbeitskosten senken (z. B. Lohnzusatzkosten)	64,5 %
Unterstützung der beruflichen Weiterbildung ausbauen (lebenslanges Lernen, Anpassung an neue Aufgabenfelder, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters)	73,5 %
Den bürokratischen Aufwand im Rahmen des Mindestlohngesetzes reduzieren, also z. B. bei den Aufzeichnungspflichten	71,5 %
Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern (u. a. Kinderbetreuung außer Haus [Schaffung weiterer Krippenplätze])	65,9 %
Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern (z. B. Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Zuwanderung)	43,6 %
Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland erleichtern (z. B. Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Zuwanderung)	58,6 %
Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern (z. B. durch Befristungsmöglichkeiten oder Hinzuverdienstgrenzen)	67,2 %
Flexibler Renteneintritt ohne starre Renteneintrittsgrenze	60,8 %
Integrations- und Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge verstärken	56,8 %
Unterstützung bei Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen	67,9 %

Anhang

Zufriedenheit im Bereich Allgemeine Infrastruktur	Mittelwert
Güte der Infrastruktur für den Straßenverkehr	2,9
Güte der Infrastruktur für den Schienenverkehr	3,5
Güte der Infrastruktur für den Luftverkehr	2,8
Güte der digitalen Infrastruktur	3,3
Güte der Mobilinfrastruktur	3,5
Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultur-einrichtungen)	2,5
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,7
Mittelwert für den Bereich Allgemeine Infrastruktur	3,0

Verbesserungsbedarf im Bereich Allgemeine Infrastruktur	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
Investitionen in die Infrastruktur für den Straßenverkehr	70,9 %
Investitionen in die Infrastruktur für den Schienenverkehr	71,6 %
Investitionen in die Infrastruktur für den Luftverkehr	27,5 %
Sicherung wohnortnaher Schulen	85,2 %
Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	74,9 %
Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	87,0 %
Sicherstellung des Angebots im öffentlichen Personenverkehr (auch in Randregionen, auch zu Neben- und Schwachverkehrszeiten)	82,1%
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	83,4%
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen	56,1 %
Sicherung wohnortnaher Kitas	83,1 %
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	77,2 %
Breitbandinitiative fortführen	91,2 %
Mobilfunkinfrastrukturausbau forcieren	82,0 %

Anhang

Zufriedenheit im Bereich Innovationsumfeld	Mittelwert
Förderungsangebot für Unternehmen (z.B. technologieorientierte Unternehmensgründungen, Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen, technologieorientierte Förderung)	2,8
Existenz von FuE-/Innovationsnetzwerken	2,7
Zugang zu Technologien	2,4
Technikfreundlichkeit/positives Innovationsklima	2,6
Mittelwert für den Bereich Innovationsumfeld	2,6

Verbesserungsbedarf im Bereich Innovationsumfeld	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
Beratungsangebot (z. B. Bündelung der Förderberatung an einer Anlaufstelle)	63,1 %
Antragsverfahren erleichtern	76,6 %
Förderungsangebot (z. B. technologieorientierte Unternehmensgründungen, Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen, technologiespezifische Förderungen)	61,1 %
Netzwerke zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützen	84,2 %
Netzwerke zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups unterstützen	67,3 %
Finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen	72,6 %
Steuerleiche Forschungsförderung einführen	63,5 %

Zufriedenheit im Bereich Energie und Rohstoffe	Mittelwert
Sichere Rohstoffversorgung	2,2
Sichere Stromversorgung	2,0
Höhe der Strompreise	3,6
Mittelwert für den Bereich Energie und Rohstoffe	2,7

Anhang

Verbesserungsbedarf im Bereich Stromversorgung und Strompreise	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherheitsreserve	40,8 %
Anpassung der Rahmenbedingungen (z. B. durch Änderungen im EEG), um Kosten der Energiewende zu senken und Verteilung zu ändern	79,2 %
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten, also Netzausbau	72,7 %
Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern auch mit Forschungsförderung	80,8 %

Einschätzung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft	Mittelwert (1 „sehr stark gerüstet“ bis 6 „überhaupt nicht gerüstet“)
Fühlen Sie sich vor diesem Hintergrund gut gerüstet, um Ihr Unternehmen bei steigenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs auch zukünftig erfolgreich zu positionieren?	2,7

Qualität der Außenwirtschaftspolitik des Freistaats Bayern	Mittelwert (1 „sehr gut“ bis 6 „sehr schlecht“)
Wie beurteilen Sie die Qualität der Außenwirtschaftspolitik des Freistaats Bayern (Ausrichtung von Messen etc.)?	2,7

Anhang

Zufriedenheit im Bereich Verwaltungshandeln	Mittelwert
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	3,4
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	3,4
Mittelwert für den Bereich Verwaltungshandeln	3,4

Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich Verwaltungshandeln	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
E-Government/E-Administration stärker ausbauen	65,4 %
Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	44,5 %
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	78,1 %
Einheitliche Ansprechpartner auf kommunaler Ebene einführen	71,9 %

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2019

Weitere Beteiligte

Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Consult GmbH

Hanno Kempermann
Agnes Ricci
Dr. Thorsten Lang
Edgar Schmitz

0221 4981-758